



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 94 – März 2008

Die russischen Wahlen 2007/2008

Teil 2: Präsidentenwahl 2008

Herausgegeben von
Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. +49 421 218-3687, Fax +49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 94: Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):

Die russischen Wahlen 2007/2008

Teil 2: Präsidentenwahl 2008

März 2008

ISSN: 1616-7384

Das vorliegende Arbeitspapier basiert auf Beiträgen zu den Russland-Analysen. Die Russland-Analysen <www.laender-analysen.de/russland> werden von der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde mit Unterstützung der Otto Wolff-Stiftung herausgegeben.

Lektorat: Judith Janiszewski

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

D-28359 Bremen – Germany

phone: +49 421 218-3687

fax: +49 421 218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

internet: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Inhalt

Putin in seinem letzten Amtsjahr

Hans-Henning Schröder

Kein politisches Testament, aber ein paar Wahlgeschenke.

Putins achte Botschaft an die Nation 7

Hans-Henning Schröder

Die Nachfolge – 1. Akt, 2. Szene 10

Pressetimmen zu Putins Kandidatur..... 11

Hans-Henning Schröder

Die Ära Putin. Eine Bilanz in Meinungsumfragen..... 13

»Wahlkampf«

Die Haltung der Bevölkerung im Dezember 2007..... 23

Der Kandidat Medwedjew im Porträt 27

Wladimir Ryschkow: »An den Präsidentenwahlen teilzunehmen ist in der Praxis unmöglich«..... 33

Wahlen ohne Michail Kasjanow 34

Die Aufgaben des nächsten Präsidenten 35

Braucht Russland internationale Wahlbeobachter? 36

Die Präsidentenwahl

Dmitry Marenkov

Zu einigen rechtlichen Aspekten der Präsidentschaftswahlen in Russland 41

Hans-Henning Schröder

Chance für einen neuen Anfang?..... 46

Die amtlichen Endergebnisse der Präsidentenwahlen vom 2. März 2008 48

Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa 57

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa 59

Putin in seinem letzten Amtsjahr

Kein politisches Testament, aber ein paar Wahlgeschenke. Putins achte Botschaft an die Nation

Hans-Henning Schröder, Bremen / Berlin

Reformprogramm und Gesprächsangebot

Am Donnerstag, dem 26. April 2007, legte Präsident Putin den beiden Häusern des russischen Parlaments, wie von der Verfassung vorgeschrieben, seinen alljährlichen Bericht zur Lage der Nation vor, die »Botschaft an die Föderalversammlung der Russischen Föderation«. Siebenmal hat Putin dies in seinen beiden Amtszeiten bereits getan und immer wieder hat er die Gelegenheit genutzt, Reformen anzukündigen und Missstände zu kritisieren.

Putins achter und voraussichtlich letzter Bericht machte in deutschen Medien vor allem mit der Meldung Schlagzeilen, er wolle aus dem KSE-Vertrag aussteigen. Eine Tatarennachricht, die die Aussagen des Präsidenten entstellte und zugleich seine eigentlich skandalösen Bemerkungen – die Denunziation der innerrussischen Opposition als antinational und vom Ausland gelenkt – in den Hintergrund drängte. Insgesamt präsentierte Putin in seinem Bericht ein politisches Potpourri – nach innen verteilte er Mittel für soziale Anliegen und regte den Ausbau der Industrie und die Förderung von Wissenschaft an, nach außen forderte er Gespräche über europäische Sicherheit ein und offerierte einen breiten Dialog über Wirtschaftsaustausch im eurasischen Raum.

Politisches Allerlei

Der Präsident sprach diesmal 72 Minuten – zehn Minuten länger als im Jahr zuvor – und konstatierte mit Befriedigung, dass Russland nach Überwindung der schwierigen Übergangsepoche nun ein »neues Leben« baue, und dass die Lage sich allmählich zum Besseren wende. Damit schlug er den Grundton für den ganzen Bericht an – positiv und optimistisch, ohne die scharfe Kritik an Missständen, wie Putin sie in den Jahren zuvor geäußert hatte. Inhaltlich sprach er eine Vielzahl von Themen an:

- Er kommentierte die bevorstehenden Dumawahlen, bei denen erstmals nur das Verhältniswahlrecht angewandt wird, und beschrieb dieses Verfahren als echte Chance für die Opposition. In diesem Zusammenhang erlaubte er sich einen böartigen Ausfall gegen die demokratische Opposition und das Ausland, dem er pauschal Unterwanderungsabsichten unterstellte.

»Ich sage es geradezu – nicht allen gefällt die stabile, fortschreitende Entwicklung unseres Landes. Es gibt solche, die unter geschickter Nutzung pseudodemokratischer Phraseologie, die gerade vergangene Zeit zurückholen wollen. Die einen, damit sie wie früher ungestraft die gesellschaftlichen Reichtümer stehlen, Volk und Staat ausplündern können. Die andern, um unserem Land die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu nehmen.

Es nimmt der Zufluss von Geld aus dem Ausland zu, das für direkte Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten eingesetzt wird. Wenn man zurückblickt, was in früheren Zeiten geschah, dann sieht man, dass in der Epoche des Kolonialismus die Kolonialländer von ihrer so genannten zivilisatorischen Rolle gesprochen haben. Heute bewaffnet man sich mit demokratorischen Lösungen. Aber das Ziel bleibt gleich – die Durchsetzung einseitiger Vorrechte und des eigenen Vorteils, die Sicherung eigener Interessen.«

- Nach dieser skandalösen Bemerkung wandte sich der Präsident wieder der positiven Seite zu, er verwies auf Fortschritte bei der Einführung kommunaler Selbstverwaltung und die Intensivierung des Dialogs mit Nichtregierungsorganisationen, bei denen auch die neu gegründete Bürgerkammer eine große Rolle gespielt habe.
- Besonderes Augenmerk legte der Präsident diesmal auf die Lage der russischen Kultur und der Geisteswissenschaften, deren Bedeutung er hervorhob und für die er eine Reihe von Förderungsmaßnahmen vorschlug.
- Für die »nationalen Projekte«, Förder- und Schwerpunktprogramme in vier kritischen Problembereichen (Gesundheit, Landwirtschaft, Bildung, Wohnungsbau) fand der Präsident lobende Worte. Der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft kündigte er speziell ein Ausgabenprogramm in Höhe von 250 Mrd. Rubel an.
- Der Stabilitätsfond, der sich aus den Einnahmen für Energieexporte speist und der ursprünglich als Rückhalt für die Stabilisierung der Währung und der Wirtschaftsentwicklung gedacht war, soll in Zukunft auch

für die Besserung der sozialen Situation genutzt werden, u. a. zur Sicherung und Erhöhung der Renten – zur Bildung eines »Rentenkapitals« für die Bürger.

- In der Wirtschaftspolitik unterstrich der Bericht die Absicht, in Zukunft die Rohstoffwirtschaft durch den Ausbau innovativer, verarbeitender Industrien zu ergänzen. Der Präsident will die nationale Infrastruktur verbessern, den Nutzungsgrad der Energieproduktion steigern und den Ausbau von Hochtechnologiebetrieben forcieren. In diesem Zusammenhang erinnerte der Präsident auch wieder an die Bedeutung von Kleinunternehmen. Er forderte, die erhebliche technologische Kompetenz von Flugzeug- und Schiffbauindustrie besser zu nutzen, die Elektroenergie auszubauen und das Verkehrssystem leistungsfähiger zu machen. Gewicht legte die Botschaft schließlich auf die Förderung der Wissenschaft und hob dabei besonders die Nanotechnologie hervor.
- Auch von den Streitkräften wusste der Bericht Positives zu vermelden. Die Umstrukturierung mache Fortschritte – 2007 seien bereits zwei Drittel des Personals Berufs- oder Zeitsoldaten. Ihre soziale Sicherung und der weitere Ausbau der Streitkräfte werden in der Botschaft zugesichert. Bis 2010 sollen alle Soldaten mit Wohnungen versorgt sein.
- In diesem Kontext ging der Präsident auch auf den modifizierten KSE-Vertrag ein, der 1999 in Istanbul unterzeichnet, von den NATO-Staaten bisher aber noch nicht ratifiziert worden ist. Er monierte, dass die Slowakei und die baltischen Ländern dem Abkommen nicht beigetreten sind. Und kündigte an, dass Russland den nicht in Kraft getretenen Vertrag zunächst nicht weiter erfüllen und die strittigen Fragen im NATO-Russlandrat erörtern werde. Die Frage der Stationierung amerikanischer Raketenabwehrsysteme in Polen und Tschechien möchte er parallel dazu in der OSZE erörtern. Die OSZE will er wieder mit realen Inhalt füllen.
- Der Präsident ging schließlich noch auf Fragen der Außenpolitik ein. Hier ging es vor allem um die Stärkung der Beziehungen in der GUS. Doch Putin hob auch die Partnerschaft mit der EU hervor. Diese soll in einem neuen Vertrag über strategische Partnerschaft – also der Fortsetzung des im Dezember auslaufenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommens – befestigt werden.

Wahlgeschenke

»Wer vieles bringt«, heißt es, »wird manchem etwas bringen«. Putins achte Botschaft an die Nation mühte sich, der Devise des Theaterdirektors aus Goethes *Faust* gerecht zu werden. Sie ist nicht der Versuch, die politische Bilanz zweier Amtszeiten zu ziehen, sie entwirft auch keine politische Vision, sie betreibt bloß politisches Alltagsgeschäft im Vorwahljahr. Und so muss man auch einige Passagen deuten, etwa die gefälligen Bemerkungen zu den »nationalen Projekten«, die von Dmitrij Medwedjew betreut werden, einem der beiden Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Prätendenten auf die Nachfolge Putins [bei der Präsidentwahl am 2. März zum Präsidenten gewählt]. In der Tat ist im Rahmen der »nationalen Projekte« bisher wenig bewegt worden und die Bevölkerung äußert sich in Meinungsumfragen vergleichsweise zurückhaltend. Der Zuschuss für Wohnungs- und Kommunalwirtschaft zielte denn wohl auch auf eine Unterstützung des Kandidaten Medwedjew. Sein Mitbewerber Sergej Iwanow, auch er Erster Stellvertretender Ministerpräsident, ehemaliger Verteidigungsminister und zuständig für Hochtechnologie und Rüstungsindustrie, wird mit dem Schwerpunkt Wissenschaft und Industrieausbau bedacht. Die positive Bewertung der Lage in den Streitkräften und die Verkürzung der Wehrdienstzeiten zielt auch auf die Unterstützung Iwanows und übergeht elegant die inneren Probleme der Armee, insbesondere die endemische Soldatenschinderei durch Vorgesetzte und Kameraden – einer der Gründe dafür, dass sich jeder Wehrpflichtige, der die Möglichkeit hat, dem Dienst entzieht. Die Nutzung des Stabilitätsfonds zur Sicherung der Renten gehört ebenfalls in den Kontext der Meinungsmache vor den Wahlen. Immerhin waren es im Januar 2005 Rentner, die landesweite Proteste gegen die Umstrukturierung der Rentenzahlungen veranstaltet hatten, auf die die Regierung seinerzeit mit einem Rückzug reagiert hatte.

Putins Vorschläge zur besseren Nutzung der Bodenschätze atmen den Charme der Brezhnev-Ära: Öl und Gas sollen stärker als bisher im eigenen Lande weiterverarbeitet werden und als Nebenprodukt gefördertes Gas soll nicht einfach abgepackelt werden. Nicht falsch, aber schon von Leonid Brezhnev wiederholt thematisiert. Immerhin weisen die Forderungen nach Ausbau der verarbeitenden Industrie und Wiederaufbau der Wissenschaft politisch in die Zukunft.

KSE-Vertrag, OSZE und PKA

Im außenpolitischen Teil der Botschaft setzt Putin das fort, was er bereits in seiner Münchener Rede angerissen hat. Russland beansprucht in europäischen Sicherheitsfragen ein Mitspracherecht. Die Präsenz der USA in Ostmitteleuropa – auf Basis bilateraler Abmachungen, also nicht durch NATO, OSZE oder KSE-Verträge eingebunden – wird von der russischen Seite offenbar als Problem aufgefasst. So sind denn auch Putins Vorstöße zu verstehen:

- Er will die Ratifizierung des KSE-Vertrags, am besten unter Einschluss der Slowakei und der baltischen Staaten, die bisher keine Vertragspartner sind. Bisher haben die NATO-Staaten die Ratifizierung des 1999 in Istanbul unterschriebenen Vertrags vom Rückzug russischer Truppen aus Moldowa und Georgien abhängig gemacht. Der NATO-Russlandrat ist das Gremium, in dem Putin diese Frage diskutieren will.
- Die russische Führung will eine Diskussion über die Stationierung amerikanischer Raketenabwehrsysteme im Rahmen der OSZE, die sie insgesamt aufwerten will.
- Putin unterstreicht den Wunsch, in die Verhandlungen für das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union (PKA), das zur Neuverhandlung ansteht, einzutreten. Bisher konnten die Gespräche darüber nicht beginnen, weil Russland den Import von polnischem Fleisch unterbunden hat und Polen vor Eintritt in die Verhandlungen die Aufhebung des Boykotts fordert.

Das, was Russland offenbar anstrebt, ist eine Neuregelung europäischer Sicherheitspolitik unter maßgeblicher russischer Beteiligung und die Einhegung amerikanischen Vordringens in Osteuropa im Rahmen einer umfassenden Sicherheitsstruktur. Dass Putin dabei die gerade von seinem Außenminister totesagte OSZE wiederbeleben will, ist nicht ohne eine gewisse Pikanterie. Außenminister Sergej Lawrow wehrte sich gegen die Menschenrechtspolitik und die Wahlbeobachtung der OSZE. Putin möchte sie jetzt als europäisches Sicherheitsinstrument reaktivieren. Dass sich diese Politik eher gegen die USA als gegen die EU wendet, wird aus der Putinschen Verhandlungsofferte an Brüssel deutlich.

Was fehlt?

Bleibt die Frage, was in der Jahresbotschaft von 2007 nicht erwähnt wurde. Und das ist viel. So äußerte sich Putin nicht über die Restrukturierung des Parteiensystems, die gerade vor sich geht. Er greift nicht das Thema Armut auf. Gewiss, hat es beim Abbau von Armut durch das fortgesetzte Wirtschaftswachstum erhebliche Fortschritte gegeben, doch immer noch geben 12 % der Bevölkerung an, dass ihr Budget nicht für Lebensmittel reiche und weitere 34 %, dass sie sich zwar Lebensmittel, aber keine Kleidung leisten könnten. Auch das Thema Korruption berührte er nur einmal im Vorübergehen. In früheren Jahresbotschaften hatte er sich diesbezüglich sehr viel deutlicher geäußert. Im April 2005 z. B. erklärte er, es gäbe »grobe Verletzungen von Unternehmerrechten, und fallweise auch einfach offene Erpressung von Seiten der staatlichen Strukturen«, um dann fortzufahren: »Die Übergabe des Landes in die Verfügungsgewalt einer ineffizienten, korrupten Bürokratie gehört nicht zu unseren Plänen.«

Auf solche kritischen Aussagen wartete man 2007 vergebens – kein böses Wort über die Bürokratie, keine Kritik an der stockenden Reform des Gesundheitswesens und der weit verbreiteten Fremdenfeindlichkeit. Putins achte und letzte Botschaft an die Föderalversammlung berichtete vor allem Gutes. Und hier zeigt sich die politische Begrenztheit des zweiten russischen Präsidenten. Seine Rede ist diktiert von taktischen Gesichtspunkten – nichts Schlimmes im Wahljahr, keine schlafenden Hunde wecken –, eine politische Version erwartet man von ihm vergebens.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität Bremen.

Die Nachfolge – 1. Akt, 2. Szene

Hans-Henning Schröder, Bremen / Berlin

Am Montag, dem 1. Oktober 2007, präsentierte sich Präsident Wladimir Putin auf dem Parteitag von »Einiges Russland«. Er sprach zu den Deputierten einer Organisation, die von seiner Administration erfunden wurde und die bis heute vom Präsidentenberater Wladislaw Surkow aus dem Hintergrund gelenkt wird. In seiner Rede umriss der Präsident die Aufgaben der Partei und forderte ebenso nichts sagend wie staatstragend, die friedliche und stabile Entwicklung für das Land und seine Bürger zu sichern.

Die eigentliche Überraschung hob er sich für das Schlusswort auf. »An die Spitze der Regierung zu treten, das ist [für mich] ein durch und durch realistischer Vorschlag«, erklärte Putin. »Doch es ist noch zu früh, um darüber nachzudenken, weil dafür wenigstens zwei Bedingungen erfüllt werden müssen: erstens, »Einiges Russland« muss die Wahlen zur Staatsduma am 2. Dezember dieses Jahres gewinnen, und zweitens, als Präsident muss ein ordentlicher, arbeitsfähiger, effizienter, moderner Mensch gewählt werden, mit dem man im Team arbeiten kann.« Und dann schloss er seine Rede mit dem Satz ab: »Deshalb nehme ich dankbar Ihren Vorschlag an, die Liste von »Einiges Russland« anzuführen.« Diese Ankündigung begrüßten die Delegierten mit einer minutenlangen Ovation.

Für die Partei »Einiges Russland« war das in der Tat eine gute Nachricht. Versprochen die Umfragen ihr bisher bei den Dumawahlen eine komfortable absolute Mehrheit, so kann sie jetzt mit einem Erdrutschsieg rechnen. Mit Putin als Zugpferd könnte sie bei den Listenstimmen in die Nähe einer Zweidrittelmehrheit kommen. Diese Aussicht wird auch noch durch eine gewisse Schadenfreude versüßt. Viele Beobachter – und gewiss auch viele Delegierte – verstehen »Einiges Russland« als ein Projekt des Putin-Beraters Wladislaw Surkow, während man die Autorenschaft für das Konkurrenzprojekt »Gerechtes Russland« den *silowiki* zuschreibt – den Geheimdienstlern Igor Setschin und Viktor Iwanow. Die Tatsache, dass der Präsident nun dem Surkow-Projekt durch seine Unterstützung die Weihe erteilt und das wenig erfolgreiche Gegenprojekt ignoriert, erfüllt gewiss viele Anhänger von »Einiges Russland« mit Genugtuung.

Putins Ankündigung weist aber noch über den Wahltag hinaus. Zwei Dinge hat er in seiner Schlussansprache signalisiert: zum einen macht er deutlich, dass er sich nach dem Ende seiner Amtszeit nicht aus der Politik zurückziehen und eine Position im Wirtschaftsleben oder im Olympischen Komitee wahrnehmen wird, sondern dass er weiter aktiv Politik machen wird – mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem Regierungsamt. Zum zweiten deutet er an, wie eine Nachfolgeregelung praktisch aussehen könnte – ein schwacher Präsident im Tandem mit einem starken Ministerpräsidenten Putin, der in absehbarer Zeit wieder Präsident werden könnte.

Putins Auftritt auf dem Parteitag ist nach der Ernennung Viktor Subkows der zweite Schritt, der deutlich macht, wie sich der Kreis um den Präsidenten die *translatio imperii* – die Übergabe der Herrschaft – vorstellt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass im August in Sotschi ein Drehbuch ausgearbeitet worden ist, das nun Schritt für Schritt realisiert wird. Wir sehen die ersten Szenen – der Regierungswechsel und Putin als Spitzenkandidat der Mehrheitspartei – und wir erahnen das Ende – Putins Auftritt als Wiedergänger, wenn er 2012 oder vielleicht schon 2010 für die Präsidentschaft kandidiert. Dazwischen sind verschiedene Szenarien denkbar. Z. B. könnte Putin bereits nach der Dumawahl im Dezember zurücktreten, um seinen Platz in der Duma einzunehmen – etwa als Dumavorsitzender. Verfassungsgemäß übernimmt dann der Ministerpräsident – Viktor Subkow – kommissarisch das Präsidentenamt. Dieser könnte im Januar Putin seinerseits zum Ministerpräsidenten ernennen, und dann zur Präsidentenwahl antreten. Mit dem Amtsbonus und im Tandem mit dem einzigen russischen Politiker, der landesweit Vertrauen genießt, kann Subkow die Wahl nicht verlieren. Wenn der 66-jährige dann nach der ganzen oder der halben Amtszeit zurücktritt, wäre der Weg für Putin wieder frei.

Dieses Modell birgt für Wladimir Putin natürlich gewisse Risiken. Der Ministerpräsident ist in der russischen Verfassung eine schwache Figur: er ist nicht mehr als der Sozial- und Wirtschaftsmanager des Präsidenten und diesem verantwortlich. Der Präsident ernennt und entlässt Minister, er ernennt den Ministerpräsidenten (nur in diesem Fall braucht er die Zustimmung des Parlaments). Der Präsident verfügt auch über alle Machtmittel – alle einschlägigen Ressorts (Verteidigung, Inneres, Geheimdienste usw.) unterstehen ihm, nicht dem Ministerpräsidenten. Wenn sich Putin also in eine solche Abhängigkeit begibt, dann muss er dem Präsidenten trauen können – er muss sich darauf verlassen, dass dieser keine eigenen Ambitionen entwickelt. Was sich da abzeichnet, ist schon in hohem Maße eigenartig: ein starker Mann in einem schwachen Amt im Gespann mit

einem schwachen Mann in einem starken Amt. Ob dies wirklich funktioniert, und ob das politische System dabei nicht weiter Schaden leidet, bleibt abzuwarten.

Eins jedoch ist klar. Ebenso wenig wie 1999–2000 haben wir es 2007–2008 mit einem demokratischen Machtwechsel durch Wahlen zu tun. Der Übergang von Jelzin zu Putin war wohl geplant, und der Plan wurde ebenso intelligent wie skrupellos realisiert. Heute haben wir es abermals mit einer wohl organisierten Übergabe von Herrschaft zu tun – nur geht man diesmal noch einen Schritt weiter: am Ende des Prozesses wird die Macht wieder bei dem Politiker sein, der sie jetzt abgibt. Natürlich unter Wahrung demokratischer Formen.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität Bremen.

Pressetimmen zu Putins Kandidatur

Putins Schritt ist durch Zuversicht und ... Befürchtungen bedingt (*Nikolaj Petrow*)

Präsident Putin ist einverstanden, die Parteiliste von »Einiges Russland« anzuführen und schließt nicht aus, dass er den Posten des Premiers übernimmt. Womit kann man diesen Schritt erklären, mit Zuversicht oder Befürchtungen?

Hier spielen sowohl die Zuversicht als auch Befürchtungen eine Rolle. Wenn nicht alle Fäden zu einem Zentrum führen würden, würde man einen Teil der Macht verlieren. Im letzten Jahr beobachteten wir, wie dem Präsidenten persönlich treue Leute die Schlüsselpositionen übernahmen. In diesem Entwurf darf es keine Lücken geben.

Persönliche Beziehungen können keine Sicherheit garantieren, deswegen wird auch ein unanfechtbares Schema erstellt. Wenn Putin plant, Premier zu sein (egal, ob vorübergehend oder dauerhaft), wird er die Verfassung ändern, damit keiner seiner potenziellen Nachfolger das Recht hat, den Premier zu entlassen. [...]

Wedomosti (Moskau), 2.10.2007, <http://www.vedomosti.ru/comments/news.shtml?2007/10/02/257>

Perspektiven Wladimir Putins (*Dmitrij Kamyschew*)

Der Aufnahme Wladimir Putins in die Parteiliste von »Einiges Russland« steht nichts im Wege: Wie jeder Russe darf auch er bei den Parlamentswahlen kandidieren, auch wenn er parteilos bleibt, [...].

Das neue Staatsoberhaupt, das die Wahlen im März 2008 gewinnt, kann Putin anbieten, das Amt an der Regierungsspitze zu übernehmen. Dies geschieht innerhalb von zwei Wochen nach der Inauguration des neuen Präsidenten. Und sobald das Parlament den neuen Premier bestätigt hat, kann Putin seine politische Karriere in einem neuen Amt fortsetzen.

Kommersant (Moskau), 2.10.2007, <http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=810235>

Strohmann gesucht (*Alain-Xavier Wurst*)

Damit sind die russischen Parlaments- und Präsidentenwahlen heute faktisch entschieden. Denn für das Volk »ist es egal, ob Putin Präsident ist oder Premier: Es weiß, dass die Macht dort ist, wo er ist. (...) Nicht mal eine Änderung des Staatssystems wird nötig sein: Denn Putin selber ist das System. Und der Posten des Premiers hat noch einen anderen netten Vorzug: Es gibt keine Amtszeitbegrenzung.[...]«, schreibt dazu der Züricher Tages-Anzeiger.

Und die Londoner Times schließt: »Die Folge davon wäre eine Umkehrung der Machtverhältnisse zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister. Dies unterstreicht die Schwäche der russischen Demokratie und der russischen Verfassung, die sich immer noch der dominanten Gestalt Putins zu beugen hat. Die Russen haben die wirtschaftlichen Errungenschaften der Putin-Präsidentschaft wohl begrüßt, aber viele von ihnen mögen durchaus gute Gründe dafür haben, dass sie seinen Einfluss auf das sich noch entwickelnde demokratische System bedauern.«

Die Zeit (Hamburg), 2.10.2007, <http://www.zeit.de/online/2007/40/russland-presseschau>

Der Rückbau der Demokratie ist jetzt vollzogen. Der Souverän ist Präsident Putin (*Klaus-Helge Donath*)

Wladimir Putin ist zu beneiden. Was immer der russische Präsident auch tut, das Volk hält es für gut und die politische Klasse bricht in Jubel aus. Putins Entscheidung, für die Duma auf dem Ticket der Kremlpartei zu kandidieren, um hintenherum an der Macht zu bleiben, trifft in der Öffentlichkeit auf breite Zustimmung.

[...]Die Dumawahlen im Dezember werden zu vorgezogenen Präsidentschaftswahlen und einem Plebiszit für Putin. Die ohnehin auf Restbestände zusammengestürzte russische Parteienlandschaft erhält mit dem Geeinten Russland jetzt auch wieder so etwas wie eine Staatspartei nach dem Zuschnitt der früheren KPdSU. Der Rückbau der Demokratie ist nach acht Jahren Putin endgültig vollzogen. Die Leitidee des Umbaus bezeichnet der Kreml als »souveräne Demokratie«, deren Bedeutung sich langsam erschließt. Im kommunistischen Sprachgebrauch hieß dieser Mechanismus »demokratischer Zentralismus«. Im Vergleich zur souveränen Demokratie war jener jedoch transparent und erheblich pluralistischer.

Die Tageszeitung (Berlin), 4.10.2007

<http://www.taz.de/index.php?id=komentar&art=5506&src=MT&id=komentar-artikel&cHash=58670eadd1&src=MA>

Putin überreicht den Staffelstab sich selbst (*Neil Buckley*)

[...] Putin plant es nicht mal, ein Mitglied der Partei »Einiges Russland« zu werden. Aber seine bloße Präsenz an der Spitze der Parteiliste wird ihren Parlamentssitzanteil von der erwarteten Hälfte auf über zwei Drittel katapultieren, die auch erforderlich sind, um in der Lage zu sein, Verfassungsänderungen durchzuführen.

Wenn Putin nach acht Jahren Präsidentschaft [...] die Partei tatsächlich zu solch einem Sieg führen würde, würde es ihm eine enorme politische und ethische Legitimation geben.[...]

Financial Times (London), 3.10.2007 <http://www.ft.com/cms/s/0/9d7c3f32-711b-11dc-98fc-0000779fd2ac.html>

Die Ära Putin. Eine Bilanz in Meinungsumfragen

Hans-Henning Schröder, Bremen / Berlin

Zusammenfassung

Repräsentative Umfragen zu den Putin-Jahren zeigen, dass der russische Präsident in der Bevölkerung hohe Akzeptanz genießt. Gespeist wird diese positive Haltung zum Regime durch die fortschreitende Besserung der Lebensverhältnisse, die die russischen Bürger seit 1999 erfahren haben. Wirtschaftswachstum und Anstieg der Reallöhne werden mit dem Handeln des Staatsoberhauptes in Verbindung gebracht, das seit September 1999 eine führende Rolle in der Politik einnimmt.

Andererseits äußert die Bevölkerung am politischen System insgesamt und an seiner Funktionsweise berechtigte Kritik. Die ungleiche Vermögensverteilung, die Mängel des Gesundheitssystems und die perzipierten Sicherheitsprobleme nähren ein tiefes Misstrauen gegen den Staat und die politische Klasse, die ihn besitzt. Gewiss wird dieses Unbehagen gegenwärtig durch das Vertrauen zu Putin und die Besserung der Lebensverhältnisse überlagert, doch muss sich die Administration mittelfristig diesen Problemen stellen.

Wahrnehmungen der Putin-Jahre

Über Russland wussten die deutschen Medien in den letzten Jahren vorwiegend Negatives zu berichten: es war die Rede von einem autoritären Regime, der Unterdrückung von Oppositionellen, der Manipulation von Wahlen, von Aufrüstung und aggressivem Auftreten gegenüber dem Westen, man warnte vor Großunternehmen, die westliche Firmen aufkaufen – kurz, die ›Gefahr aus dem Osten‹ war wieder präsent. Diese Warnungen hatten durchaus eine reale Basis. In der Tat hat die Putin-Administration im Innern politische Rechte eingeschränkt und nach außen die eigenen Interessen prononciert vertreten. Bei der westlichen Bewertung schwingen aber auch wieder russophobe Töne mit, die nicht unbedingt zu einer nüchternen Bewertung der russischen Entwicklung beitragen.

Vielleicht ist es dazu hilfreich, die Perspektive zu wechseln und zu prüfen, wie die Arbeit der Putin-Administration in Russland selbst perzipiert wird. Die russischen Bürger haben Augen und Ohren. Sie nehmen die alltäglichen Veränderungen in der Versorgung, in der Politik, in der Wirtschaft sehr viel deutlicher wahr, als man dies in Berlin, London oder Paris tun kann, und sie bewerten sie vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die sie in der Sowjetzeit und in den Jelzin-Jahren gemacht haben. Will man also ein Urteil über die Putin-Administration fällen, lohnt es sich, die Vorstellungen der Regierten, der russischen Bevölkerung mit heranzuziehen.

Für ein solches Vorhaben stehen in großer Menge Umfragedaten zur Verfügung, die von verschiedenen russischen Instituten erhoben wurden, deren Arbeitsweise und Methodik entsprechenden Instituten in den USA oder Deutschland durchaus vergleichbar ist.

Aufschwung und hohe Zustimmungsraten

Diese Erhebungen zeigen, dass Putin am Ende seiner zweiten Amtszeit in der Bevölkerung breite Unterstützung genießt. Nach einer Umfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) (vgl. Grafik S. 19 oben: Wie bewerten Sie heute die Arbeit Putins im Amt des Präsidenten? Dezember 2007) bewerten etwa zwei Drittel der Befragten die Tätigkeit Putins als Präsident mit »gut« oder »ausgezeichnet«. Diese Zustimmung ist weitgehend unabhängig vom Geschlecht, dem Bildungs- oder Eigentumsniveau und dem Wohnort. Der scheidende Präsident verfügt über Rückhalt in allen Schichten der Bevölkerung, und damit auch über die Legitimation, für ganz Russland zu sprechen.

Der Hauptgrund für die hohen Zustimmungsraten ist zweifellos die fortgesetzte Besserung der Lebensverhältnisse, die die russische Bevölkerung in der Regierungszeit Putins erfahren hat. Das Lewada-Zentrum, eines der führenden russischen Meinungsforschungsinstitute, fragt jedes Jahr im Dezember danach, wie das vergangene Jahr im Vergleich zum Vorjahr bewertet wird. In den neunziger Jahren – unter Jelzin – gaben die Befragten in der Regel an, das gerade ablaufende Jahr sei schwerer gewesen als das vorherige. Eine Wende zeichnete sich 1997 ab – es schien fast, man sei ›über den Berg‹ –, doch dann folgte das schreckliche Jahr 1998 mit der

schweren Finanzkrise im Herbst und dem Einbruch des Rubelkurses. 1999 begann sich die Situation nachhaltig zu bessern und die Bevölkerung brachte diese Erholung mit Putin in Verbindung, der im September 1999 Ministerpräsident geworden war, Ende Dezember 1999 nach dem Rücktritt Jelzins in das Amt des Präsidenten einrückte, um dann im März 2000 auch regulär gewählt zu werden.

Wachsende Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen ist die Basis für die hohen Zustimmungsraten zu Präsident Putin – Zustimmungsraten, die sich auch in Wahlerfolge ummünzen lassen, wie das zuletzt bei den Parlamentswahlen im Dezember 2007 und jetzt bei den Präsidentenwahlen 2008 geschehen ist. Das Vertrauen in den Präsidenten verleiht dem politischen System auch eine hohe Stabilität – insofern und solange Putin in den Augen der Bevölkerung eine maßgebliche politische Rolle spielt. Daher ist es ganz folgerichtig, dass die Führung auch nach dem März 2008, nach erfolgtem Personalwechsel im Präsidentenamte, eine hohe Position für Putin ins Auge fasst – sei es nun das Amt des Ministerpräsidenten oder ein anderes.

Wahrnehmungen der Putin-Ära

Die Untersuchungen des Lewada-Zentrums erlauben es, ein schärferes Bild von der Gemütslage der Bevölkerung zu zeichnen. Das Umfrageinstitut hat die Stimmung der russischen Bevölkerung über all die Putin-Jahre hinweg verfolgt und die Daten Ende 2007 veröffentlicht. Aus den repräsentativen Erhebungen ergibt sich ein differenziertes Bild. Erfragt wurden Perzeptionen – Wahrnehmungen einer Entwicklung, nicht die Entwicklung selbst. Aber diese sind von erheblicher politischer Bedeutung, denn es sind die Perzeptionen, die politische Haltungen bestimmen. Die Analyse der Perzeptionsentwicklung kann also Auskunft geben über Hintergründe der hohen Zustimmungsraten für die Putin-Administration. Sie kann aber auch mögliche Konfliktpunkte und latente Spannungen aufzeigen, auf die die Politik in der nächsten Amtszeit reagieren muss.

Die erste Beobachtung kommt nicht überraschend – sie ergibt sich schon aus der oben zitierten Umfrage (vgl. Grafik S. 19 unten: Wie war das vergangene Jahr für Russland: schwerer als das vorhergehende Jahr, leichter oder genauso?) –, nämlich, dass die wirtschaftliche Erholung eine Konstante der Putin-Jahre war, die sich auch in einer allgemeinen Besserung der materiellen Verhältnisse niederschlägt. Die überwiegende Mehrheit der russischen Bevölkerung registrierte, dass sich das Angebot an Lebensmitteln (vgl. Tabelle S. 17: Wie hat sich das Angebot von Lebensmitteln geändert?), an Kleidung und Artikeln des täglichen Grundbedarfs (vgl. Tabelle S. 17) von Jahr zu Jahr besserte. Besonders in der ersten Amtszeit Putins 2000–2004, als die Gesellschaft noch unter dem Eindruck der schwierigen Jelzin-Jahre und der Finanzkrise des Herbstes 1998 stand, empfand man, dass es unter dem neuen Präsidenten aufwärts ging. In der zweiten Amtszeit wirkte die Verbesserung des Konsumangebots offenbar schon wie selbstverständlich. Erst im Wahljahr 2007 stieg der Anteil derjenigen, die eine Besserung gegenüber dem Vorjahr sahen, noch einmal auf 66 % – zwei Drittel der Bevölkerung.

Fragt man nach den individuellen Einkommenschancen (vgl. Tabelle S. 18: Wie haben sich die Möglichkeiten verändert, gut zu verdienen?), nicht nach dem allgemeinen Konsumniveau, kann man zwar einen ähnlichen Trend beobachten – Anstieg des Anteils der Befragten mit verbesserten Einkommenserwartungen in den Jahren 2000–2002 und 2007, leichter Rückgang und Stagnation 2003–2006 –, doch überwiegt bis 2005 der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung der Einkommenssituation wahrnehmen. Eine wirkliche Wende ist erst 2007 erkennbar. Für die Mehrheit der Befragten wurde die Besserung der eigenen materiellen Lage also nur verzögert fühlbar. Die positive Wahrnehmung der Präsidentschaft Putins und der Lage des Landes bestärkte sich mit einer gewissen Verspätung nun auch im Bereich des individuellen Lebens.

Sozialpolitische Problemfelder

Die allgemein positive Bewertung der Situation verstärkt zweifellos die Akzeptanz, die Putin und seine Administration genießen. Politisch führt dies zu einer Stabilisierung – jedenfalls so lange Putin der Führung angehört. Allerdings lassen sich anhand der Umfragen auch eine Reihe von Problemen identifizieren, mit denen sich die russische Regierung in den nächsten Jahren auseinandersetzen muss.

Dazu gehört vor allem der verbreitete Eindruck, dass die russische Gesellschaft nicht gerecht organisiert ist. Bei der Frage nach Verteilungsgerechtigkeit (vgl. Tabelle S. 18: Wie hat sich die Gerechtigkeit bei der Verteilung materieller Güter geändert?) gibt es kaum Respondenten, die positiv antworten. Zwischen 40 und 50 % sehen eine Vergrößerung der sozialen Unterschiede, während der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung erkennen wollen, die ganze Amtszeit Putins über im einstelligen Bereich liegt. Offenbar ist es der Putin-Administration trotz des Wirtschaftswachstums und der allgemeinen Besserung der materiellen Verhältnisse nicht gelungen,

den Gegensatz zwischen Arm und Reich, der mit der Privatisierung und dem Übergang zum Markt in den neunziger Jahre entstanden ist, zu mildern oder wenigstens den Eindruck zu vermitteln, man strebe dies an.

Die tiefe Spaltung der Gesellschaft, die von breiten Kreisen der Bevölkerung wahrgenommen wird, stellt für jede Administration eine Belastung dar. Die latente soziale Spannung, die in den Putin-Jahren durch die Verbesserung der materiellen Verhältnisse überlagert wurde, könnte – wenn die Wirtschaftsentwicklung nicht mehr positiv verläuft – auch politisch Bedeutung gewinnen. Schon jetzt profitiert von ihr die Kommunistische Partei, die sich trotz aller Restriktionen hartnäckig im Parlament hält. Auch der Wahlerfolg der Partei »Heimat« (Rodina) im Jahre 2004 war damit verbunden, dass diese Partei neben der nationalistischen auch die soziale Karte spielte.

Soziale Ungleichheit, das Gefühl, dass es in der Gesellschaft ungerecht zugeht, ist eines der Probleme, das auf das politische Klima einwirkt. Zwei weitere Fragen stehen damit in Zusammenhang – die Gesundheitsversorgung und die persönliche Sicherheit. In beiden Fällen ist es der Putin-Administration offenbar nicht gelungen, fühlbare Verbesserungen durchzusetzen. Das Gesundheitswesen wird in der Bevölkerung nach wie vor als Problemsektor wahrgenommen (vgl. Tabelle S. 17: Wie hat sich die Arbeit der Krankenhäuser, Polikliniken geändert?). Noch 2007 wagen kaum 16 % von Verbesserungen in diesem Bereich zu sprechen. Dieser Anteil wird weit übertroffen von der Zahl derjenigen, die im siebten Jahr der Putinschen Präsidentschaft davon ausgehen, dass sich die Situation in Krankenhäusern und Polikliniken weiter verschlechtert hat. Diese Perzeption stellt der Gesundheitspolitik der Putin-Administration ein denkbar schlechtes Zeugnis aus.

Ähnlich stellt sich die Situation bei der Wahrnehmung der persönlichen Sicherheit dar (vgl. Tabelle S. 18: Wie hat sich die Sicherheitslage der Bürger geändert?). Gewiss ist der Anteil der Bürger, die eine Verschlechterung der Sicherheitssituation erkennen wollen, zwischen 2004 und 2006 zurückgegangen, doch interessanterweise schnellte ihr Anteil 2007 von 33 % auf 44 % hoch. In diesen Schwankungen wird deutlich, dass trotz Konsolidierung der materiellen Situation das Misstrauen in die Fähigkeit des Staates, für die Sicherheit des einzelnen zu sorgen, in erheblichem Maße fortbesteht. Hier manifestiert sich eine schwer zu überwindende Skepsis gegenüber Polizei und Gerichten.

Das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit und die Vorstellung, dass der Staat weder für die Gesundheit noch für die Sicherheit der Bürger ausreichend sorgt, scheint in beiden Amtszeiten Putins für die Haltung der Mehrzahl der Bürger gegenüber dem System und den Behörden bezeichnend zu sein. Doch hat das offensichtliche Unbehagen keine unmittelbaren Folgen für die Einstellung gegenüber der Person des Präsidenten. In einer Phase, die durch wirtschaftliches Wachstum und allmähliche Erholung der materiellen Lage bestimmt ist, werden diese Wahrnehmungen von der Erwartung einer fortgesetzten Besserung überlagert. Langfristig belasten sie dennoch das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft und eine künftige Administration ist gut beraten, eine Politik sozialen Ausgleichs zu betreiben, das Rechtssystem zu stabilisieren und eine Gesundheits- und Sozialreform durchzusetzen.

Meinungsfreiheit und politische Partizipation

Geht man von den Umfragedaten aus, so gibt es eine Mehrheit in Russland, die über die Entwicklung der Sozialordnung, des Gesundheits- und des Rechtsschutzbereichs verdrossen ist. Bei der Bewertung des politischen Systems hingegen ist der Anteil der Kritiker nicht ganz so hoch. Während die westliche Öffentlichkeit eine rapide Einengung der Freiheitsrechte in Russland unterstellt, nimmt die russische Öffentlichkeit keine dramatische Verschlechterung der politischen Verhältnisse wahr.

Lediglich 15–20 % der Befragten sehen einen Niedergang der Meinungsfreiheit. Die Mehrheit erkennt keine Veränderungen, ja 2007 will mehr als ein Drittel der Befragten eine Verbesserung in diesem Bereich feststellen (vgl. Tabelle S. 18: Wie hat sich die Möglichkeit verändert, seine Meinung frei zu äußern?). Das mag damit zusammenhängen, dass manche noch die Situation der Sowjetzeit vor Augen haben, von der sich die Lage der Jahre 2000–2007 trotz mancher Einschränkungen immer noch deutlich positiv unterscheidet. Zum anderen muss man sich vor Augen halten, dass das Fernsehen zwar weitgehend von der Putin-Administration kontrolliert wird, Presse und Buchhandel aber vielfach noch frei agieren. So sind z. B. kritische Werke von Anna Politkowskaja oder eine Interviewsammlung des emigrierten »Oligarchen« Boris Beresowskij in Moskau frei verkäuflich. Und Zeitungen wie »Wedomosti« oder »Kommersant« berichten über viele Politikbereiche durchaus kritisch. Die Mehrheit der russischen Bürger erfährt daher die Putin-Jahre nicht unbedingt als Phase, in der die Meinungsfreiheit eingeschränkt wurde.

Allerdings sind die Befragten – realistisch-weise – nicht sonderlich optimistisch, wenn es um ihre persönlichen Möglichkeiten geht, auf Staatsgeschäfte Einfluss zu nehmen (vgl. Tabelle S. 18: Wie hat sich die Möglichkeit einfacher Menschen verändert, auf staatliche Angelegenheiten Einfluss zu nehmen?). Das Gefühl »Die da oben machen sowieso, was sie wollen« ist auch in westlichen Gesellschaften nicht unbekannt, und in Putins Russland mit seinen Unterschieden zwischen Arm und Reich und seinem Herrschaftsapparat, der gemeinhin nur »die Macht« (*wlast*) genannt wird, weit verbreitet. Dieses Gefühl hat sich im Laufe der Amtszeit Putins nicht wesentlich verändert. Kennzeichnend (und selbsterklärend) ist lediglich, dass in den Wahljahren 2003 und 2007 der Anteil derjenigen geringfügig zunimmt, die die Ansicht vertreten, die Bürger könnten, auf Politik Einfluss nehmen.

Fazit

Die Umfragen aus den Putin-Jahren zeigen, dass der russische Präsident in der Bevölkerung hohe Akzeptanz genießt. Die plebiszitäre Zustimmung ist zweifellos ein wichtiger Aspekt seiner Machtstellung. Gespeist wird diese positive Haltung zum Regime durch die fortschreitende Besserung der Lebensverhältnisse, die die russischen Bürger seit 1999 erfahren. Das Wirtschaftswachstum und das Ansteigen der Reallöhne wird mit dem Handeln des Staatsoberhauptes in Verbindung gebracht, das seit September 1999 eine führende Rolle in der Politik einnimmt. Die Identifikation der Bürger mit Putin ist ein stabilisierendes Element für das politische System. Das macht verständlich, warum die politische Klasse nach Möglichkeiten sucht, Putin auch nach dem Präsidentenwechsel im März 2008 in den Führungsapparat einzubauen.

Dies ist auch deshalb notwendig, weil die Bevölkerung am politischen System insgesamt und an seiner Funktionsweise berechnete Kritik hat. Die ungleiche Vermögensverteilung, die Mängel des Gesundheitssystems und die perzipierten Sicherheitsprobleme nähren ein tiefes Misstrauen gegen den Staat und die politische Klasse, die ihn besitzt. Gewiss wird dieses Unbehagen gegenwärtig durch das Vertrauen zu Putin und die Besserung der Lebensverhältnisse überlagert, doch muss sich die Administration mittelfristig diesen Problemen stellen. Dmitrij Medwedjew, der neue Präsident muss alles daran setzen, das Vertrauen der Gesellschaft zu gewinnen. Ein Schritt in diese Richtung wäre es, wenn die so genannten »nationalen Projekte«, mit denen im Bereich der Gesundheits- und Bildungspolitik, im Wohnungsbau und in der Landwirtschaft eine Besserung der Verhältnisse durchgesetzt werden soll, mit größerer Energie weiterverfolgt würden als bisher. Die Ausweitung dieser Maßnahmen zu einer regelrechten Politik des »New Deal«, die auf soziale Chancengleichheit setzt, würde die Position der neuen Administration sicher stärken und mittelfristig die Gefahr mindern, dass die vorhandenen sozialen Konflikte aufbrechen.

Meinungsfreiheit und politische Partizipation indes sind keine Themen, die die Bevölkerung beunruhigen. Die Entwicklung in den Medien empfindet eine knappe Mehrheit durchaus als positiv. Dass die Möglichkeiten zur politischen Beteiligung eingeschränkt sind, nimmt die Gesellschaft wahr, ohne dass dies ihre Zustimmung für den Präsidenten beeinträchtigt.

Europäische Politik findet Anknüpfungspunkte am ehesten im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik. Will die Medwedjew-Administration wirklich die Strukturprobleme Russlands angehen, so ist eine Zusammenarbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich denkbar. Beim Wohnungsbau etwa verfügt die Bundesrepublik über reiche Erfahrung und erfolgreiche Modelle. Im Bildungssystem hat die Einbindung Russlands in den Bologna-Prozess schon begonnen und kann vertieft werden. Hier bietet sich eine Vielzahl von Möglichkeiten zu Austausch und enger Zusammenarbeit.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität Bremen.

Lesetipps

- Lev Gudkov: Staat ohne Gesellschaft. Zur autoritären Herrschaftstechnologie in Russland, in: Osteuropa, 58.2008, Nr. 1, S. 3–16.
- Boris Dubin: Gesellschaft der Angepassten. Die Brežnev-Ära und ihre Aktualität, in: Osteuropa, 57.2007, Heft 12, S. 65–78.
- Pamela Abbott; Claire Wallace: Talking About Health and Well-Being in Post-Soviet Ukraine and Russia, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 23.2007, Nr. 2, S. 181–202.
- Vladimir Shlapentokh: Trust in public institutions in Russia: The lowest in the world, in: Communist and Post-Communist Studies, 39-2006, Nr. 2, S. 153–174.

Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Lage der Dinge im jeweiligen Jahr geändert...

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Bezüglich der Auswahl von Lebensmitteln?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	51%	61%	70%	60%	55%	53%	50%	66%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	6%	7%	8%	9%	7%	7%	9%	9%
Die Lage hat sich nicht geändert	40%	30%	22%	30%	37%	38%	38%	23%
Keine Antwort	3%	2%	1%	1%	2%	2%	3%	2%
Bezüglich der Auswahl von Kleidung, Schuhen, Grundbedarfsartikeln?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	44%	57%	65%	59%	55%	52%	51%	66%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	8%	8%	10%	9%	8%	7%	8%	8%
Die Lage hat sich nicht geändert	43%	31%	23%	29%	36%	38%	36%	23%
Keine Antwort	5%	4%	3%	3%	2%	3%	4%	2%
In Bezug auf die Arbeit von Krankenhäusern, Polikliniken?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	8%	11%	13%	12%	13%	11%	16%	18%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	45%	52%	50%	45%	39%	41%	30%	47%
Die Lage hat sich nicht geändert	40%	32%	33%	37%	39%	40%	46%	29%
Keine Antwort	7%	6%	5%	6%	8%	8%	9%	6%
In Bezug auf die Arbeit von Miliz und Rechtsschutzorganen?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	11%	9%	10%	9%	10%	7%	9%	14%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	30%	40%	41%	36%	29%	35%	25%	39%
Die Lage hat sich nicht geändert	48%	40%	38%	40%	46%	45%	51%	36%
Keine Antwort	11%	11%	11%	14%	15%	13%	15%	11%
Bezüglich der Tätigkeit von Presse, Radio und Fernsehen?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	24%	27%	36%	36%	25%	23%	24%	36%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	16%	21%	24%	15%	19%	19%	14%	18%
Die Lage hat sich nicht geändert	52%	42%	36%	39%	50%	51%	53%	37%
Keine Antwort	8%	10%	5%	10%	6%	7%	9%	9%
Bezüglich der Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	7%	7%	9%	11%	9%	7%	8%	10%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	37%	44%	53%	41%	41%	40%	39%	49%
Die Lage hat sich nicht geändert	48%	40%	34%	38%	43%	45%	44%	33%
Keine Antwort	8%	9%	5%	10%	7%	8%	9%	8%

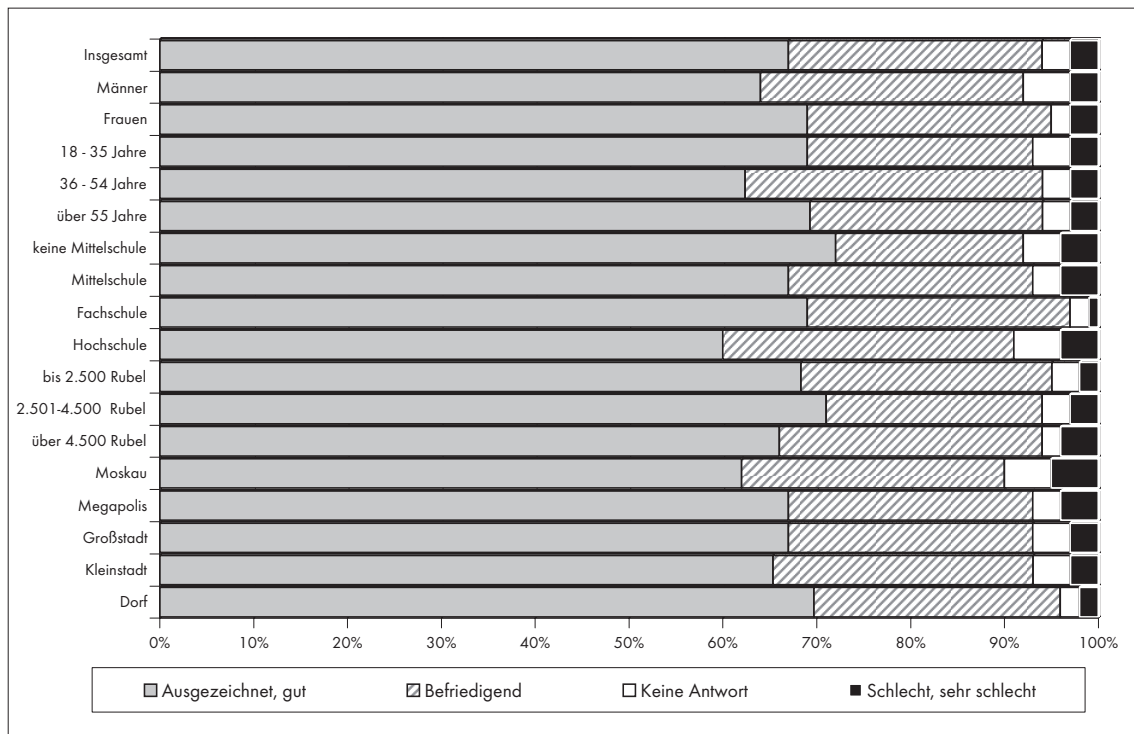
Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Lage der Dinge im jeweiligen Jahr geändert...

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
In Bezug auf die Möglichkeit, gut zu verdienen?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	18%	21%	26%	22%	19%	18%	22%	39%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	25%	32%	36%	35%	37%	35%	26%	28%
Die Lage hat sich nicht geändert	46%	35%	31%	35%	37%	39%	45%	24%
Keine Antwort	11%	13%	8%	8%	7%	8%	8%	9%
Bezüglich des Einflusses einfacher Menschen auf staatliche Angelegenheiten?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	5%	4%	7%	11%	4%	3%	4%	12%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	27%	37%	36%	25%	33%	32%	23%	30%
Die Lage hat sich nicht geändert	60%	48%	49%	54%	55%	56%	61%	48%
Keine Antwort	9%	11%	9%	11%	9%	10%	12%	11%
Bezüglich der Sicherheit von Bürgern?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	5%	4%	8%	10%	7%	5%	6%	11%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	41%	55%	57%	47%	50%	44%	33%	44%
Die Lage hat sich nicht geändert	49%	36%	31%	37%	37%	45%	53%	38%
Keine Antwort	5%	6%	4%	6%	6%	5%	7%	8%
Bezüglich der Möglichkeit, seine Meinung frei zu äußern?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	19%	26%	31%	29%	16%	20%	14%	36%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	18%	19%	20%	15%	18%	17%	13%	17%
Die Lage hat sich nicht geändert	56%	45%	42%	48%	58%	55%	62%	39%
Keine Antwort	8%	11%	7%	8%	8%	8%	11%	9%
In Bezug auf eine gerechte Verteilung materieller Güter?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	5%	5%	7%	6%	5%	4%	5%	9%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	40%	51%	48%	42%	43%	44%	36%	46%
Die Lage hat sich nicht geändert	47%	32%	37%	43%	44%	42%	48%	32%
Keine Antwort	9%	12%	8%	9%	8%	10%	10%	13%
In Bezug auf die Umweltsituation?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	5%	8%	7%	6%	6%	6%	6%	9%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	52%	56%	60%	61%	54%	59%	48%	63%
Die Lage hat sich nicht geändert	36%	27%	29%	28%	35%	31%	39%	22%
Keine Antwort	7%	10%	4%	5%	6%	4%	7%	6%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, 20.–23. November 2007

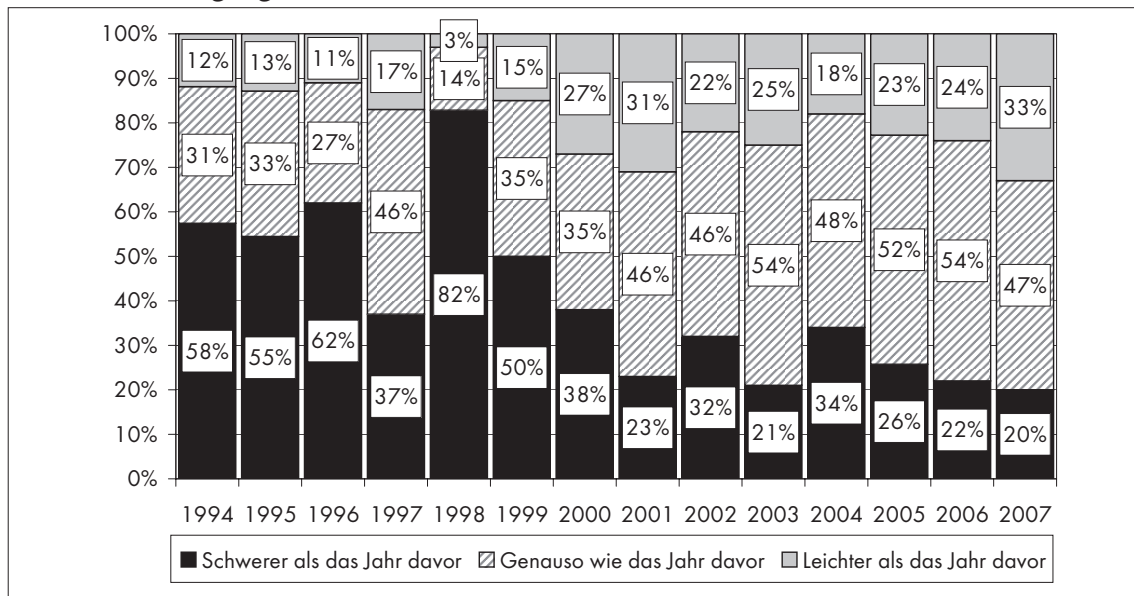
<http://www.levada.ru./press/2007120703.html>

Wie bewerten Sie heute die Arbeit Putins im Amt des Präsidenten?



Quelle: <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0752/d075202#Abs1>, 27. Dezember 2007

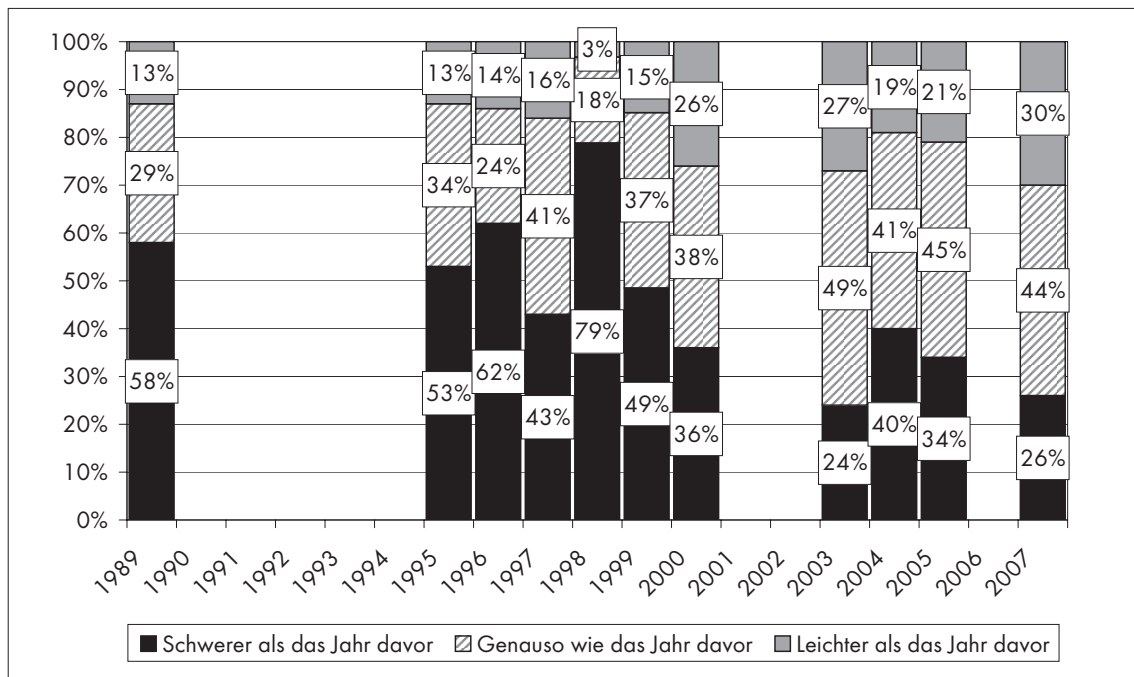
Wie war das vergangene Jahr für Russland?



Quelle: Jährliche Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt erhoben im Dezember 2007

<http://www.levada.ru/tabl13.html>

Wie war das vergangene Jahr für Sie und Ihre Familie?



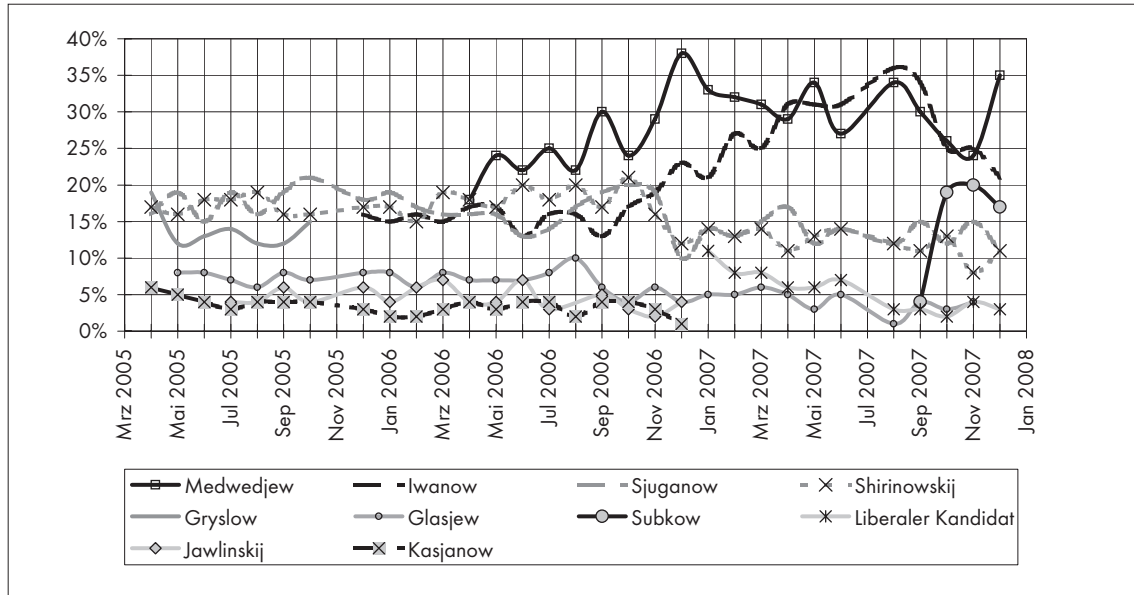
Quelle: Jährliche Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt erhoben im Dezember 2007

<http://www.levada.ru/tab113.html>

»*Wahlkampf*«

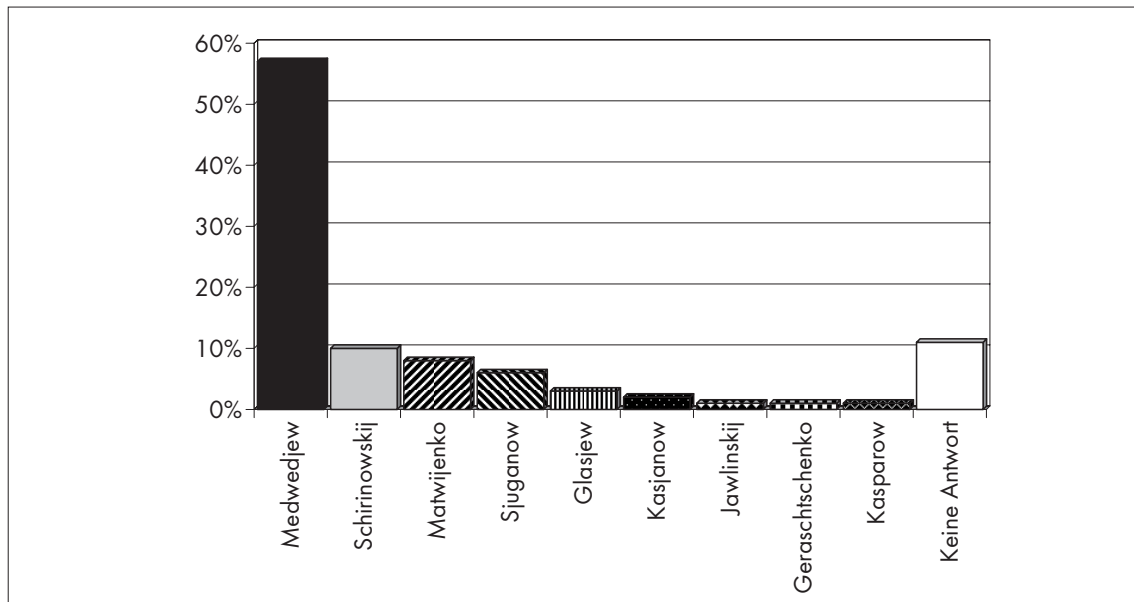
Die Haltung der Bevölkerung im Dezember 2007

Wenn nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären, für welchen Kandidaten würden Sie stimmen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru/vybory2008.html>

Für wen würden Sie stimmen, wenn nächsten Sonntag die Präsidentschaftswahlen wären?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 8.-9. Dezember 2007

<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9343.html>

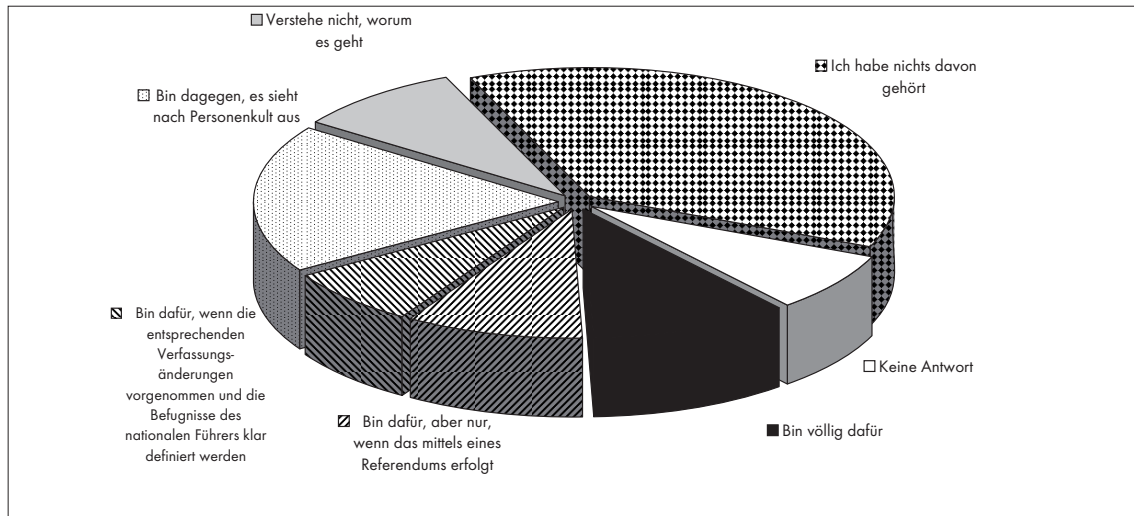
	Insgesamt	Anhänger politischer Parteien			
		»Einiges Russland«	KPRF	LDPR	»Gerechtes Russland«
Stellen Sie sich vor, dass an den nächsten Präsidentschaftswahlen unter anderen Kandidaten ein Politiker teilnehmen wird, der offen von Wladimir Putin unterstützt wurde, sein »Nachfolger«. Wen würden Sie in diesem Fall eher wählen?					
Eher den Nachfolger Putins	57%	77%	22%	26%	47%
Eher einen anderen Politiker	16%	6%	51%	55%	27%
Keine Antwort	27%	17%	27%	19%	26%
Welchen der russischen Politiker könnte Wladimir Putin Ihrer Meinung nach als seinen »Nachfolger« bestimmen?					
Dmitrij Medwedjew	18%	22%	9%	15%	15%
Sergej Iwanow	16%	18%	15%	11%	14%
Wiktor Subkow	14%	17%	14%	13%	15%
Boris Gryslow	5%	5%	4%	8%	4%
Sergej Mironow	3%	2%	1%	3%	17%
Sergej Sobjanin	2%	2%	2%	2%	-
Walentina Matwijenko	2%	2%	-	2%	3%
Einen anderen Politiker	3%	1%	8%	9%	4%
Keine Antwort	37%	31%	47%	37%	28%
Stellen Sie sich vor, dass Wladimir Putin Dmitrij Medwedjew als seinen Nachfolger bestimmt hat. Für welchen der folgenden Kandidaten würden Sie eher Ihre Stimme abgeben, wenn die Präsidentschaftswahlen am nächsten Sonntag stattfinden würden?					
Medwedjew	57%	72%	25%	25%	53%
Schirinowskij	10%	5%	1%	65%	5%
Matwijenko	8%	8%	2%	3%	10%
Sjuganow	6%	2%	63%	-	4%
Glasjew	3%	2%	4%	3%	6%
Kasjanow	2%	2%	2%	1%	2%
Jawlinskij	1%	0%	-	2%	3%
Geraschtschenko	1%	1%	1%	-	2%
Kasparow	1%	0%	-	-	1%
Keine Antwort	11%	8%	3%	2%	12%

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 8.–9. Dezember 2007

<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9343.html>

Vorstellungen von einem »nationalen Führer« in der russischen Öffentlichkeit Beim Lewada-Zentrum...

Was halten Sie von den Plänen, Putin zum nationalen Führer zu erklären?



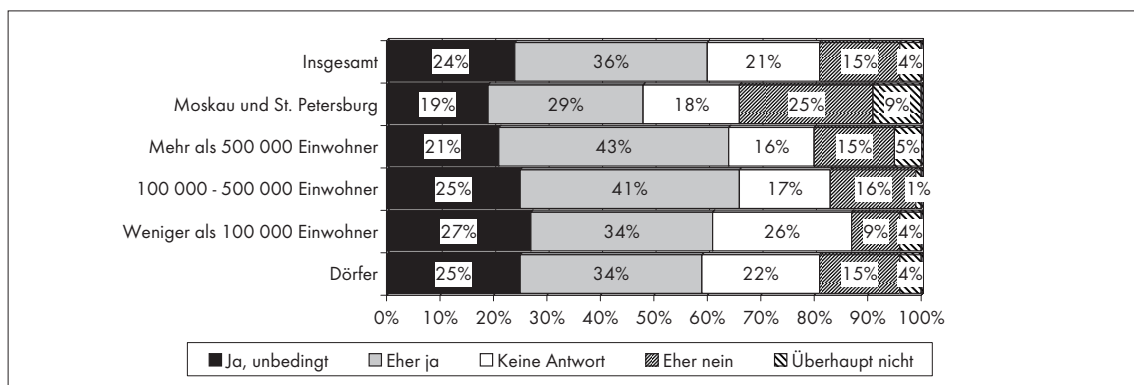
Bin völlig dafür	17 %
Bin dafür, aber nur, wenn das mittels eines Referendums erfolgt	15 %
Bin dafür, wenn die entsprechenden Verfassungsänderungen vorgenommen und die Befugnisse des nationalen Führers klar definiert werden	12 %
Bin dagegen, es sieht nach Personenkult aus	30 %
Verstehe nicht, worum es geht	14 %
Ich habe nichts davon gehört	61 %
Keine Antwort	12 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. November 2007

<http://www.levada.ru./press/2007120504.html>

... und beim WZIOM

Braucht Russland einen »nationalen Führer«?



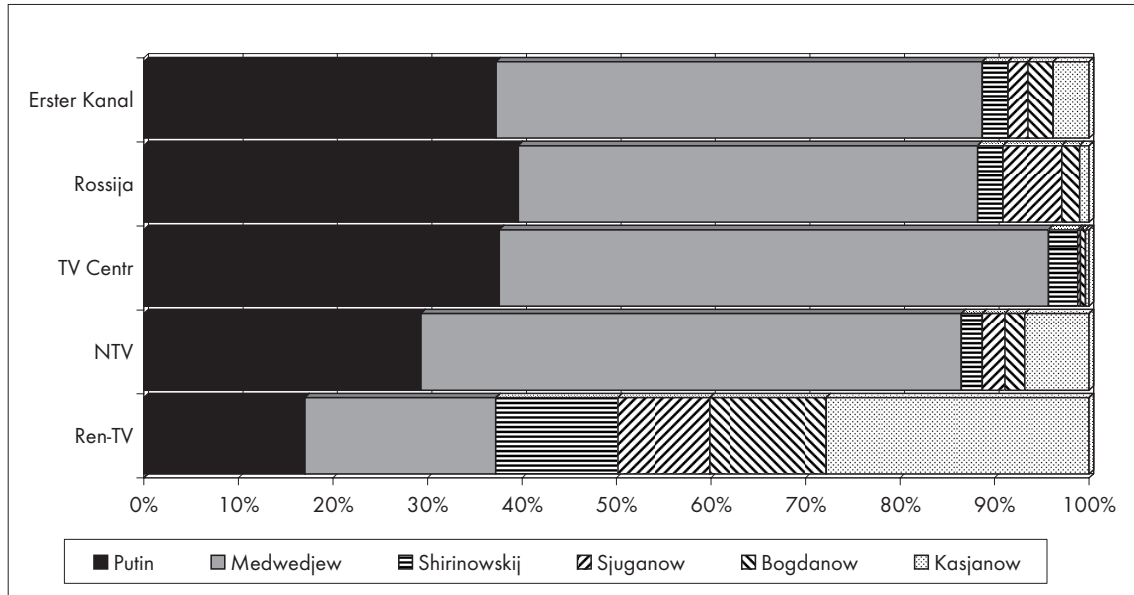
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 9.–10. November 2007

<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9312.html>

Monitoring der Nachrichtensendungen im Rahmen der Präsidentenwahlen

Präsenz von Politikern in Nachrichtensendungen

(Monitoring im Rahmen der Präsidentenwahlen, Nationale Sender, 10.1.–1.2.2008)



	Erster Kanal	Rossija	TV Centr	NTV	Ren-TV
Medwedjew	51,5 %	48,6 %	58,1 %	57,2 %	20,2 %
Bogdanow	2,7 %	1,9 %	0,5 %	2,1 %	12,3 %
Shirinowskij	2,7 %	2,7 %	3,1 %	2,2 %	12,9 %
Sjuganow	2,1 %	6,2 %	0,3 %	2,4 %	9,7 %
Kasjanow	3,8 %	1,0 %	0,4 %	6,8 %	27,8 %
Putin	37,3 %	39,6 %	37,6 %	29,3 %	17,0 %

Quelle: Erhebung des »Zentrums für extreme Journalistik« (10.1.–1.2.2008)

<http://www.memo98.cjes.ru/diagrams/2008/200802-national.pdf>

Der Kandidat Medwedjew im Porträt

Dmitrij Anatoljewitsch Medwedjew (geboren am 14.9.1965 in Leningrad) studierte noch zu Sowjetzeiten Recht an der Leningrader Staatsuniversität (LGU), machte 1987 sein Examen und schlug zunächst die Hochschullaufbahn ein. 1990 promovierte er in Zivilrecht und lehrte in der Folge bis zum Jahr 1999 an der Juristischen Fakultät der LGU (bzw. SpGU). Neben seiner akademischen Tätigkeit beriet er in der ersten Hälfte der 1990er Jahre das Komitee für Auswärtiges beim Petersburger Bürgermeisteramt. Dieses Komitee wurde damals von Putin geleitet, dem Medwedjew direkt zuarbeitete. 1993 übernahm Medwedjew auch den Posten des Leiters der Rechtsabteilung von »Pulp Enterprises«, einem holzverarbeitenden Unternehmen in Petersburg. 1998 wurde er Mitglied des Aufsichtsrats des Papierkombinats Brzsk.

Im Jahr 1999 wechselte er nach Moskau und übernahm kurzzeitig das Amt des Stellvertretenden Leiters des Regierungsapparats. In dieser Zeit übte Putin das Ministerpräsidentenamt aus. Mit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Putin im Januar 2000 wechselte Medwedjew dann in die Präsidialadministration, deren Stellvertretender Leiter er wurde. Im Präsidentschaftswahlkampf Anfang 2000 leitete er den Wahlkampfstab Putins. Im Juni 2000 stieg er zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration auf und war als solcher für Putins Tagesplanung und für die Koordination von Regierung und Präsidialverwaltung verantwortlich. Ebenfalls im Juni 2000 wurde Dmitrij Medwedjew zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Erdgasmonopolisten »Gazprom« gewählt. Im Juni 2001 übernahm er den Posten des Stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates von »Gazprom«, und im Juni 2002 sowie im Juni 2006 übernahm Medwedjew wieder den Posten des Vorsitzenden des Aufsichtsrates von »Gazprom«. 2001 betraute ihn Putin mit der Durchführung der Reform des Öffentlichen Dienstes. Seit Oktober 2002 war er Vertreter des Präsidenten beim Nationalen Bankrat. Am 30.10.2003 stieg Dmitrij Medwedjew zum Leiter der Präsidialadministration auf. Er wurde im April 2004 Mitglied des Sicherheitsrates. Die russischen Medien beschreiben ihn als effizienten Manager und als »vernünftigen Menschen mit modernen Ansichten«. Er gilt als Vertreter der »Petersburger Juristen« im Umfeld des Präsidenten. Am 14.11.2005 ernannte ihn der Präsident zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Medwedjew galt lange als möglicher Nachfolger Putins. Dass er mit der Durchführung der »Nationalen Projekte« betraut wurde, galt als Indiz, dass ihn die Präsidialadministration als Politiker mit sozialer Verantwortlichkeit aufzubauen versuchte. Diese »Nationalen Projekte« waren großzügig finanzierte Reformprogramme in den Bereichen Gesundheitspolitik, Wohnungsbau, Bildung und Landwirtschaft. Als Medwedjew im Frühjahr 2007 im Wettbewerb um die Kandidatur von Sergej Iwanow überholt wurde, mehrten sich die Meldungen, die »Nationalen Projekte« seien ineffizient gewesen. Und als Anfang September 2007 Viktor Subkow zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, schienen Medwedjews Chancen auf die Präsidentschaft ganz geschwunden. Doch am 10.12.2007 wurde Medwedjew überraschend von vier Parteien (Einiges Russland, Gerechtes Russland, Agrarpartei, Bürgerkraft) zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im März 2008 nominiert und Präsident Wladimir Putin signalisierte volle Unterstützung für seine Kandidatur.

Zusammengestellt von Olga Dudkowskaja

Pressestimmen zu Dmitrij Medwedjew

Hallo Medwedjew! (*Maxim Glikin*)

»Einiges Russland«, »Gerechtes Russland«, Agrarpartei und Bürgerkraft nominierten den Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedjew zum Kandidaten für das Präsidentenamt. [...]

Putin antwortete, dass »er die Kandidatur voll unterstütze«. Das Staatsoberhaupt unterstrich, dass »er Medwedjew sehr gut kennt und dass er mit ihm seit über 17 Jahren eng und erfolgreich zusammenarbeitet. Laut Putin »gibt uns die Nominierung [...] eine Chance, Bedingungen für die Durchführung des Kurses zu schaffen, der seit 8 Jahren erfolgreich verfolgt wird.« Putin unterstrich, dass zwei der Parteien, die Medwedjew nominiert haben, den Einzug in die Duma geschafft hatten und dort über eine stabile Mehrheit verfügen, dass »sich vier Parteien im Ganzen auf eine breite Plattform stützen und die Interessen der meisten Bevölkerungsgruppen vertreten«. [...]

Quelle: Wedomosti (Moskau), 10.12.2007,

<http://www.vedomosti.ru/newsline/index.shtml?2007/12/10/520278>

Nur Putin ist noch besser als Medwedjew (*Michael Ludwig*)

[...] Und kaum war am Montag bekannt geworden, dass Putin den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Gasprom-Aufsichtsratschef Dmitrij Medwedjew unterstützt, da überschlugen sich auch schon die kremltreuen Politiker in Lobpreisungen des Neuen: Die Petersburger Gouverneurin Valentina Matwijenko teilte mit, sie unterstütze die Kandidatur »mit beiden Händen« – ihr imponierten seine juristische Ausbildung, seine Jugend und seine menschlichen Qualitäten, vor allem seine Ausgeglichenheit.

In ähnlichen Worten äußerten sich Gouverneure, Bürgermeister und Parlamentarier aus ganz Russland. Eine weitere wichtige Eigenschaft Medwedjews nannte Sergej Mironow, der Vorsitzende des Föderationsrates und der kleineren Kremlpartei »Gerechtes Russland«: Dieser sei »der allerengste Mitstreiter Putins«. Der Duma-Abgeordnete Pawel Krascheninnikow sagte: »Noch besser als Dmitrij Medwedjew kennt nur Wladimir Putin unser Land.« [...]

Quelle: FAZ (Frankfurt/Main), 11.12.2007, <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E1456E7A13848458396AE83FC183A5BCA~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Nicht unterschätzen (*Johannes Voswinkel*)

Dmitrij Medwedjew, Putins Kandidat als Nachfolger, gilt als schwache Figur. Hinter der scheinbaren Jugendllichkeit verbirgt sich aber ein erfahrener Apparatschik. [...]

Da hatten ihn die meisten Politologen in Moskau bereits als zu weich und wenig massenwirksam von der Nachfolger-Liste gestrichen.

Doch Putin überraschte sie heute einmal mehr mit seiner Unterstützung der »würdigen Kandidatur« Medwedjews. Zwar gebieten die oft undurchschaubaren Züge der Polittechnologien des Kremls Vorsicht, aber Medwedjew hat dank Putins Segen beste Chancen, Russlands nächster Präsident zu werden. [...]

Das westliche Ausland nimmt Medwedjew mit Erleichterung als unerwartete Taubenvariante auf: Der stellvertretende Ministerpräsident gehörte nie zu Russlands Raketenzählern. Aggressives Anti-Westlertum ist ihm bislang fremd. [...]

Quelle: Zeit (Hamburg), 10.12.2007, <http://www.zeit.de/online/2007/50/medwedjew>

Putin salbt den Nachfolger für das russische Präsidentenamt (*Peter Finn*)

Dmitrij Medwedjew, [Jurist und] 42-jähriger Stellvertreter Premierminister, wird als einer der seltenen Liberalen im Kreml der Hardliner behandelt. [...] Der jungenhaft aussehende Medwedjew ist [auch] Aufsichtsratsvorsitzender des Energieriesen »Gazprom«. Im Gegensatz zu vielen in Putins unmittelbarem Umfeld hat er keine KGB- oder Geheimdienst-Vergangenheit. »Es ist ein Signal für den Westen, dass wir Kommunikation und Kooperation fortsetzen möchten«, sagte Igor Bunin, Leiter des Zentrums für politische Technologien in Moskau, in einem Interview. »Es wird keine radikalen Änderungen während seiner Amtszeit geben, aber ich glaube, dass er schwächer sein wird als Putin. Er wird weitgehend dem Kurs folgen, der von Putin eingeschlagen worden ist, aber er ist mehr an dem westlichen Modell, das eine demokratische Tradition bildet, orientiert.« [...]

Quelle: Washington Post (Washington, D. C.), 11.12.2007, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/12/10/AR2007121000330.html>

Medwedjew bot Wladimir Putin an, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen (*Autor unbekannt*)

[...] Um gestellte Aufgaben erfüllen zu können, hält Dmitrij Medwedjew es »für prinzipiell wichtig für das Land, im wichtigsten Amt der Exekutive – auf dem Posten des Ministerpräsidenten – Wladimir Putin zu behalten«. »Indem ich mich bereit erkläre, für das Amt des Präsidenten Russlands zu kandidieren, bitte ich ihn, sein prinzipielles Einverständnis zu geben, nach der Wahl des neuen Präsidenten unseres Landes, Regierungschef Russlands zu werden«, sagte Medwedjew. [...]

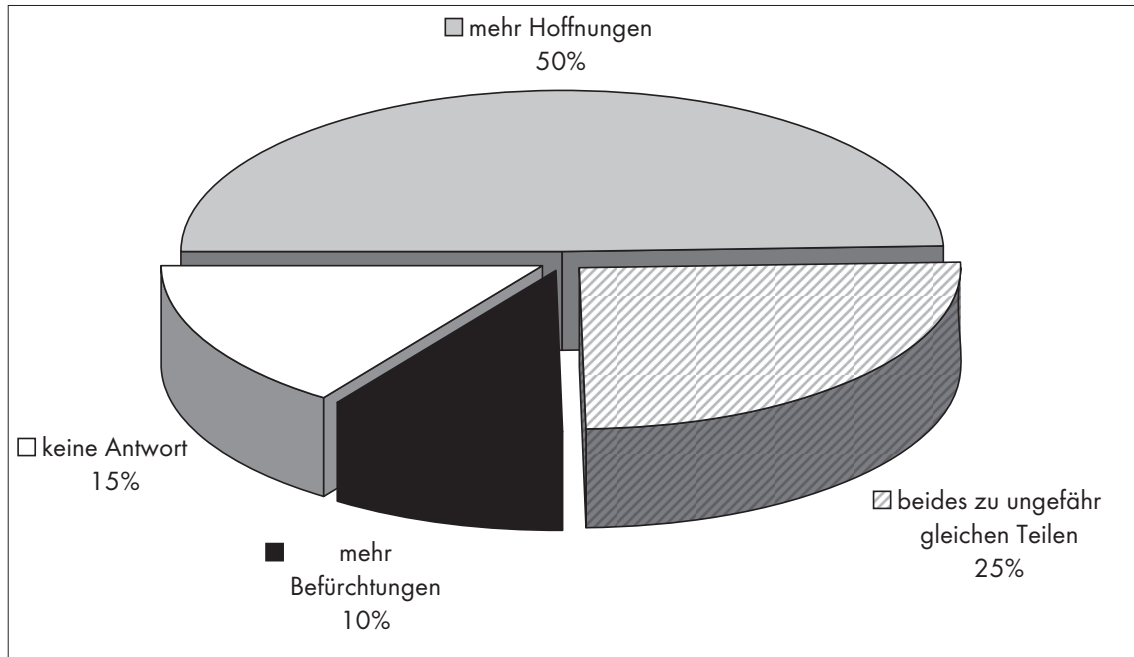
Quelle: Kommersant (Moskau), 11.12.2007, <http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=835123>

Zusammengestellt von Olga Dudkowskaja

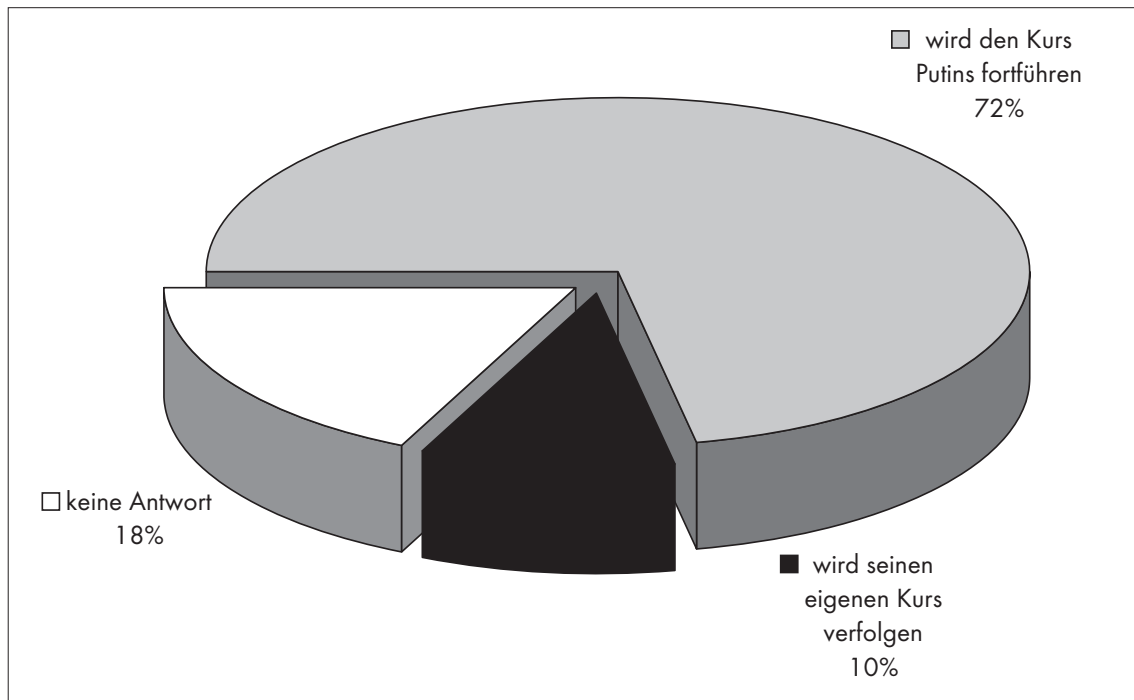
Medwedjew in der Wahrnehmung der russischen Bürger

Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) und des WZIOM

Verbinden Sie mit einer Wahl Medwedjews ins Präsidentenamt eher Hoffnungen oder eher Befürchtungen?

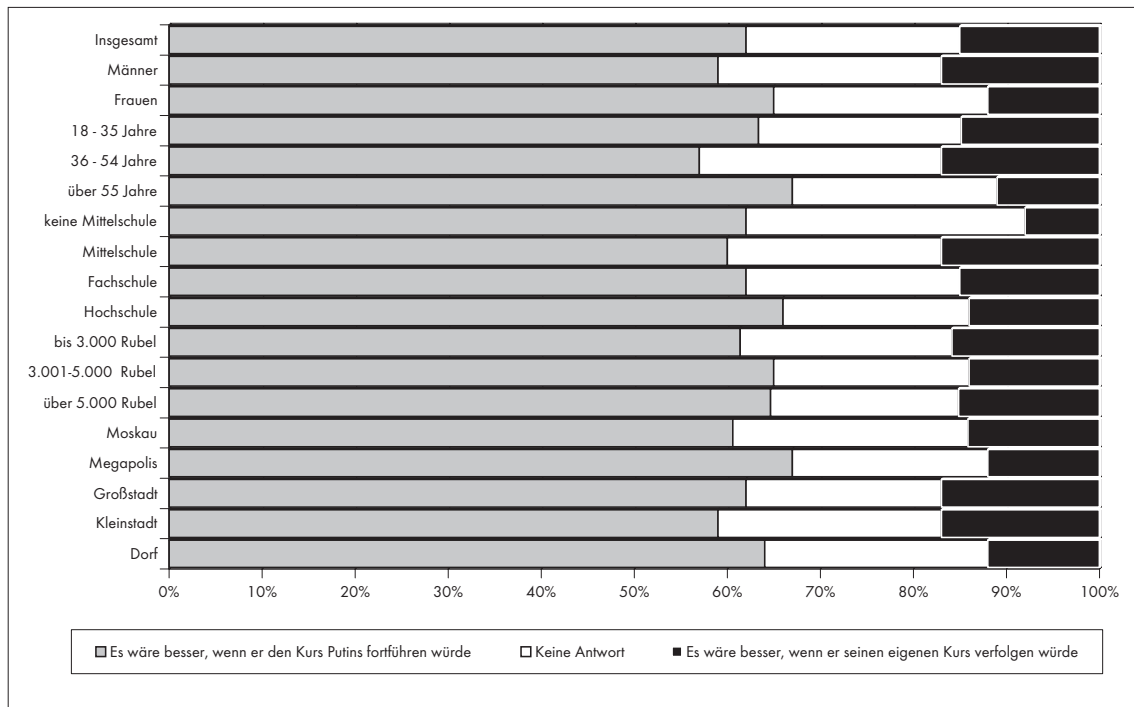


Wird Medwedjew den Kurs Putins fortführen?

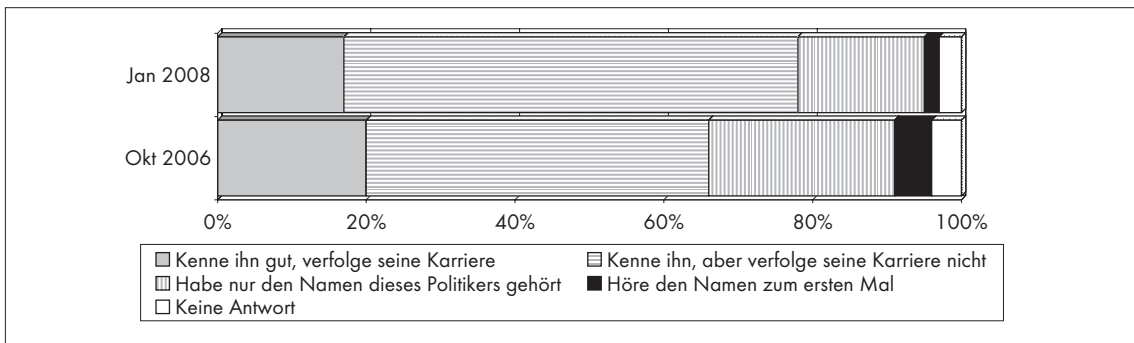


Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 12.–13.1.2008
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0803/d080322>

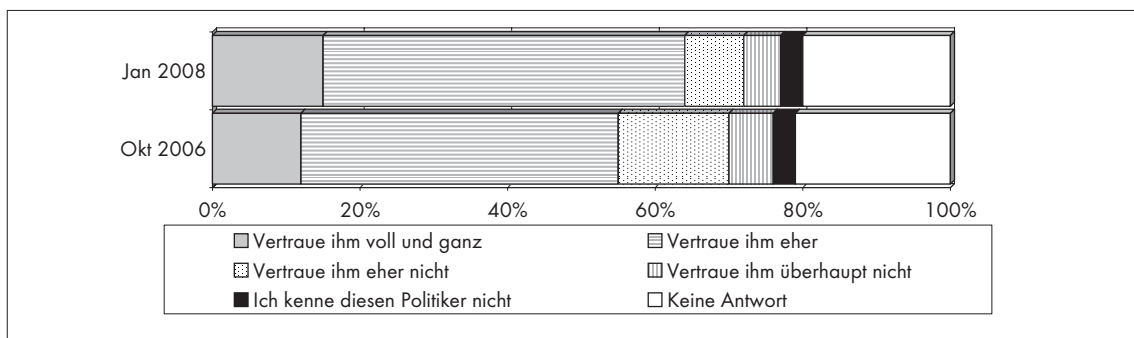
Was wäre besser: wenn Medwedjew den Kurs Putins fortführte oder wenn er seinen eigenen Kurs verfolgen würde?



Wie gut kennen Sie Dmitrij Medwedjew?



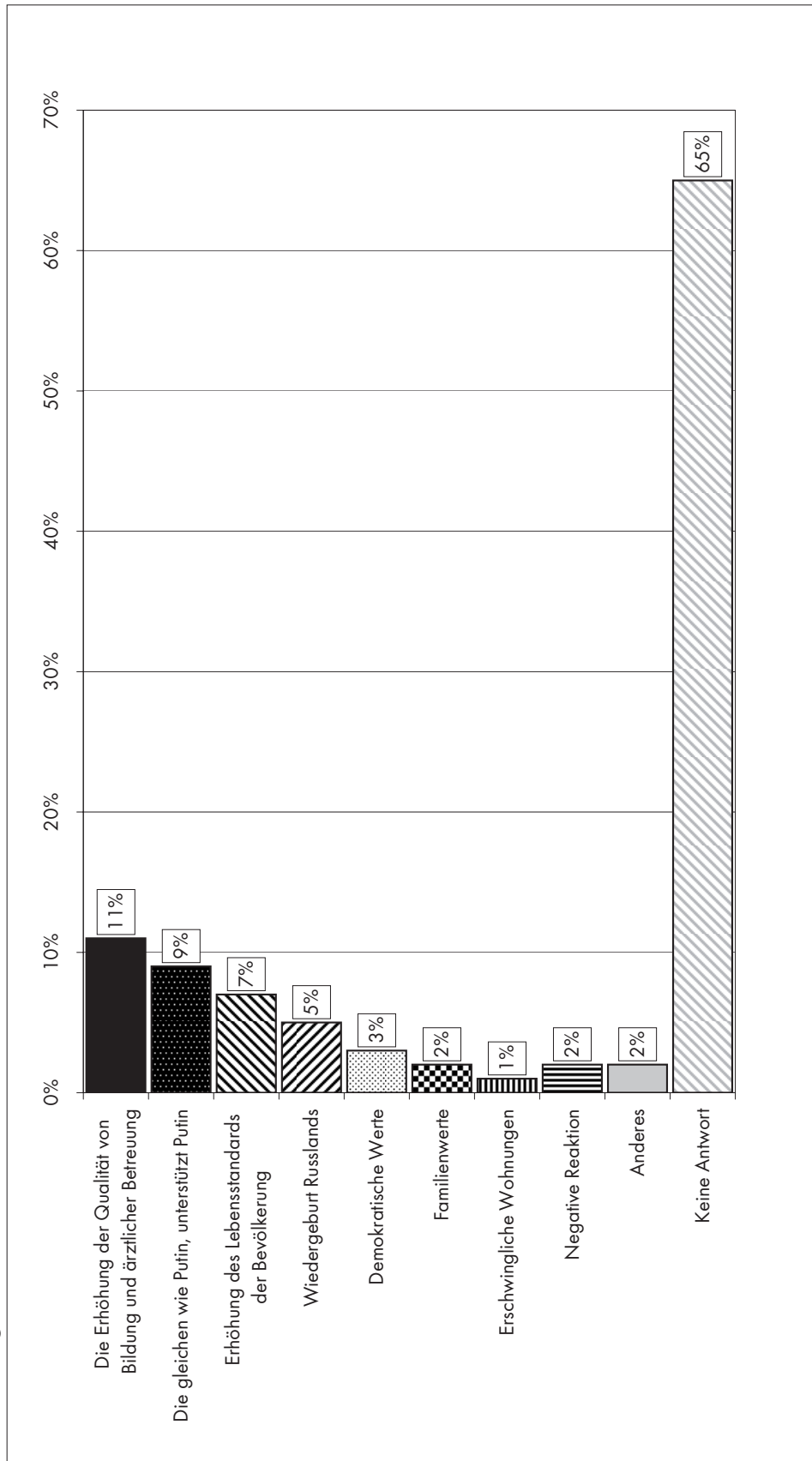
In welchem Maße vertrauen Sie Dmitrij Medwedjew?



Quelle: Umfragen des WZIAM von 2006 und vom 13.–15.1.2008

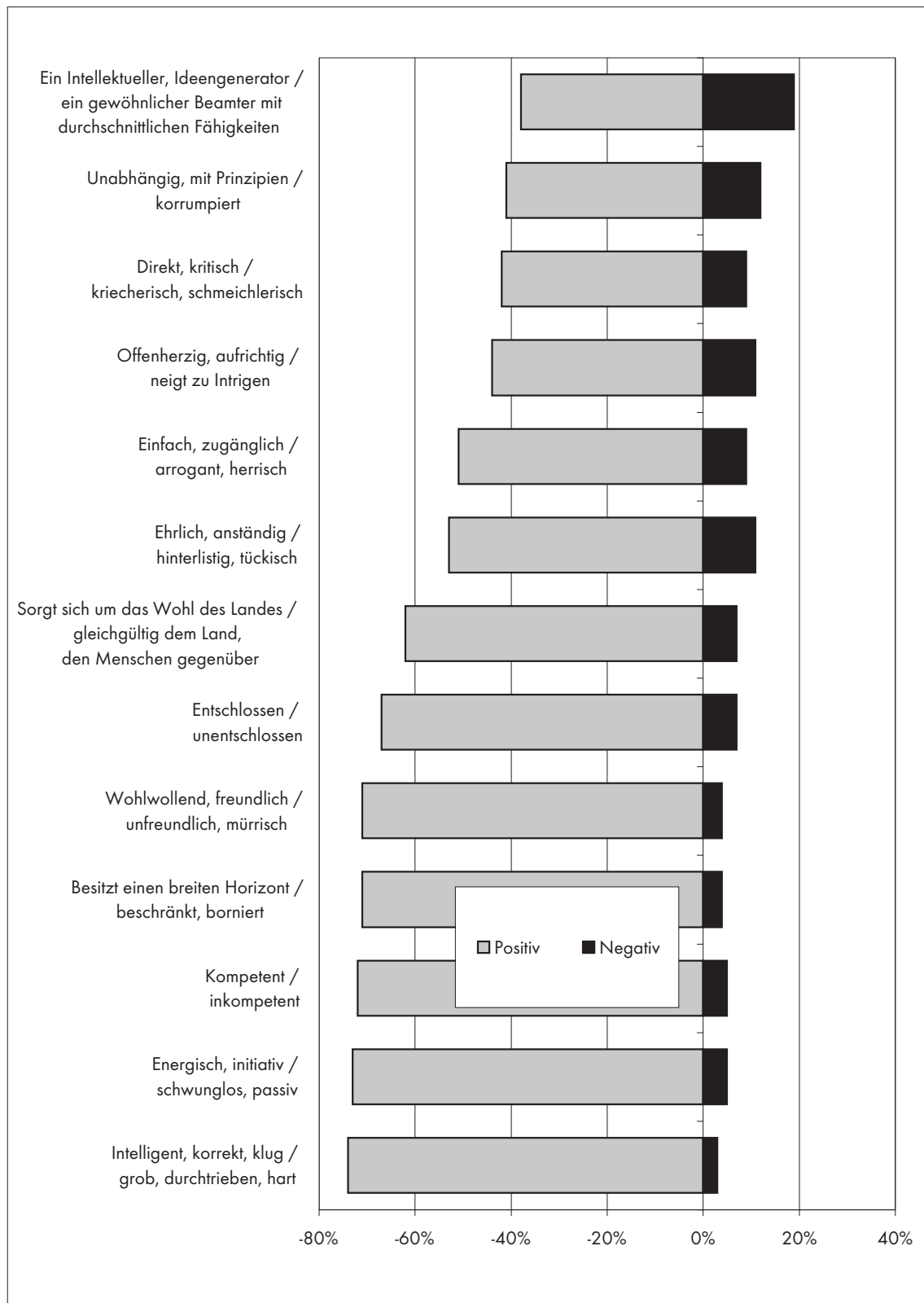
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9502.html>

Welche Werte und Ideen vertritt Dmitrij Medwedjew?
(Offene Frage, bis zu drei Antworten)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 13.-15.1.2008
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9502.html>

Welche Eigenschaften schreiben Sie Medwedjew zu?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 13.–15.1.2008

<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9502.html>

Wladimir Ryschkow: »An den Präsidentenwahlen teilzunehmen ist in der Praxis unmöglich«

Erklärung von Wladimir Ryschkow

Liebe Freunde und Mitstreiter!

Nach ernsthafter Überlegung habe ich den Entschluss gefasst, die Vorbereitungen zu meiner Teilnahme an den Präsidentenwahlen einzustellen. Die Gründe sind folgende:

1) 2007 hat die russische Staatsmacht die Auflösung (das Verbot) unserer Republikanischen Partei Russlands (RPR) erreicht. Mit dieser Frage sind wir vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gezogen. Im Ergebnis hat die RPR mit der Auflösung das Recht verloren, auf einem Parteitag einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.

2) Das neue Gesetz zur Wahl des russischen Präsidenten hat [die] Durchführung [dieser Wahl] faktisch verboten. *De facto* wurde für Kandidaten ein zweifacher Wahlzensus eingeführt – ein materieller und ein administrativer. Mieten eines Versammlungssaals, eine Initiativgruppe mit mindestens 500 Mitgliedern, eine notariell beglaubigte Erklärung jedes einzelnen Initiators, 2 Millionen Unterschriften aus mindestens 50 Regionen des Landes, gesammelt innerhalb eines Monats, all das erfordert Ausgaben von mehreren Hundert Millionen Rubel (materieller Zensus). Doch selbst, wenn man diese Barriere erfolgreich überwunden hat, können die dazu bevollmächtigten Beamten die Registrierung der Kandidatur unter jedem beliebigen pseudogesetzlichen Vorwand verweigern (administrativer Zensus). Das System ist so ausgerichtet, dass Kandidaten ausschließlich durch

- vom Kreml zugelassene Parteien
- die Präsidentenadministration mit ihren enormen finanziellen Ressourcen aufgestellt werden können.

3) Ich habe die praktische Erfahrung gemacht, dass ein oppositioneller Kandidat keinen Saal mieten kann, keinen Notar findet, keine Büroräume für die Sammlung von Unterschriften findet, solange es gegen ihn ein verdecktes Verbot von Seiten der Staatsmacht gibt. Mehr noch: Den Unterschriftensammlern wird mit polizeilicher Verfolgung und sogar physischer Gewalt gedroht.

Unter diesen Bedingungen ist die Durchführung von auch nur ansatzweise fairen Präsidentenwahlen unmöglich. Russische Staatsbürger haben, in direktem Widerspruch zur Verfassung, das Recht verloren, zu kandidieren – wenn sie nicht Oligarchen oder Figuren des Kremls sind. Die Runde der künftigen »Kandidaten« wird in der Präsidentenadministration aus dem von Putin ernannten »Nachfolger«, den Führern von ihr kontrollierter Parteien und anderen bequemen Sparringspartnern und Klonen zusammengestellt.

Selbst wenn wir für einen Augenblick annehmen, dass Medwedjew nicht der schlechteste unter den sonst möglichen »Nachfolgern« ist, so bleibt die Art der Machtübergabe in der Form verfassungswidrig und im Inhalt abscheulich.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Opposition wie der Gesellschaft insgesamt muss der Kampf für freie und faire Wahlen in Russland sein.

Ich weiß, dass ich im Falle einer Teilnahme an den Präsidentenwahlen mit der Unterstützung von Millionen russischer Bürger hätte rechnen können. Mir ist klar, dass meine Nichtteilnahme viele meiner Anhänger enttäuschen wird. Aber man muss der Wahrheit ins Auge sehen – eine Teilnahme ist heute unmöglich!

Ich danke allen aufrichtig, die mich beim Versuch einer Kandidatur unterstützt haben, allen, die deshalb der Wahlkommission geschrieben haben, und auch allen Mitgliedern der RPR und ihren Anhängern für ihre Unterstützung und ihr Verständnis. Ich habe keinen Zweifel, dass die Verfassung, die Souveränität des Volkes, dass unsere Prinzipien letztendlich obsiegen werden.

Wladimir Ryschkow

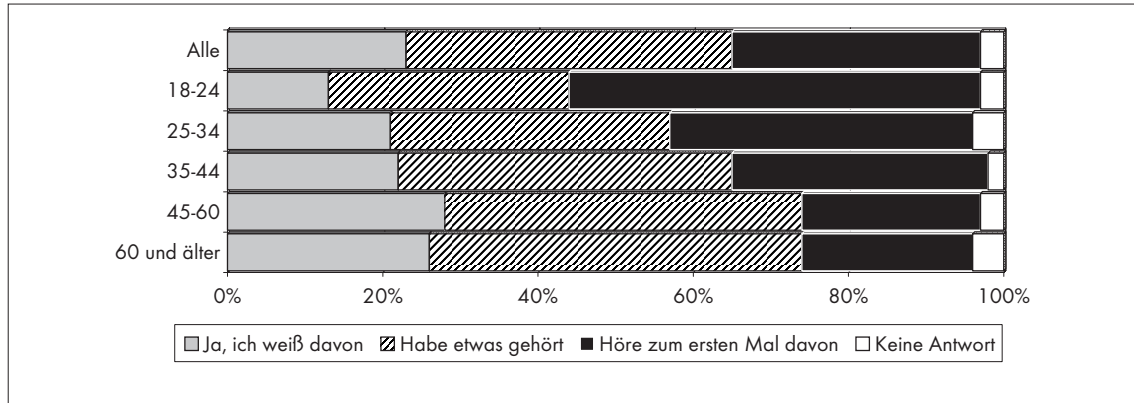
14. Dezember 2007

Moskau

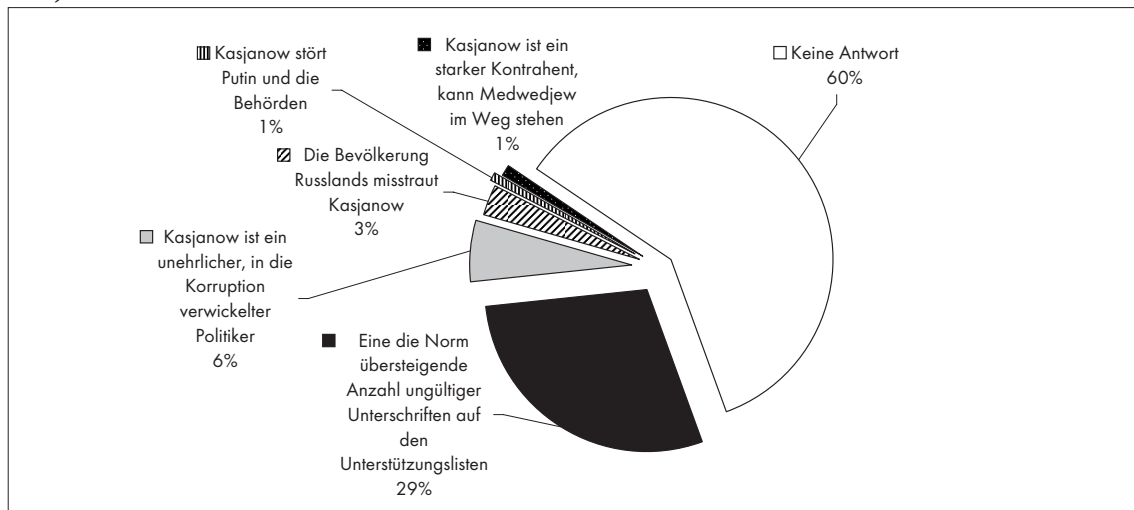
Übersetzung: Jens Siegert, Moskau

Wahlen ohne Michail Kasjanow

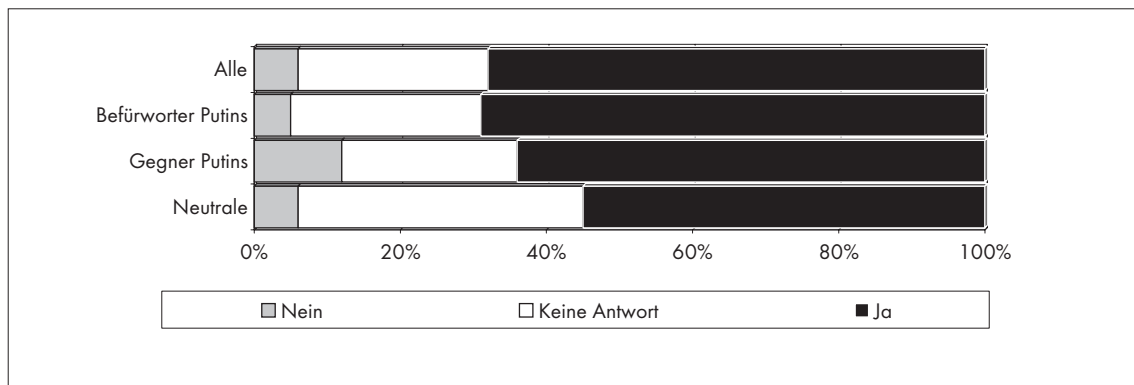
Haben Sie gehört, dass Michail Kasjanow die Registrierung als Kandidat für das Präsidentenamt verweigert wurde?



Was glauben Sie, war der Grund für die Ablehnung der Registrierung von Michail Kasjanow?



Sind die Wahlen ohne Kasjanow noch fair und frei?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 2.-3. Februar 2008

<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9590.html>

Die Aufgaben des nächsten Präsidenten

Die Sorgen der Bevölkerung in Umfragen des Lewada-Zentrums und des WZIOM

Welche Probleme unserer Gesellschaft beunruhigen Sie am meisten?

(nicht mehr als 5–6 Antworten)

	2006	2007	2008
Preisanstieg	71 %	70 %	81 %
Armut, Verarmung des Großteils der Bevölkerung	55 %	52 %	50 %
extreme Spaltung in Reiche und Arme, ungerechte Verteilung des Einkommens	32 %	32 %	34 %
Unzugänglichkeit medizinischer Versorgung	30 %	32 %	33 %
Wirtschaftskrise, Produktionsrückgang in der Industrie und Landwirtschaft	31 %	31 %	31 %
Krise der Moral, Kultur und Sittlichkeit	26 %	21 %	30 %
Anstieg der Arbeitslosigkeit	36 %	33 %	27 %
Anstieg des Drogenkonsums	25 %	28 %	26 %
Anstieg der Leistungen gegen Bezahlung, Unzugänglichkeit der Bildung	28 %	29 %	26 %
Verschlechterung der Umweltsituation	20 %	25 %	23 %
Korruption, Bestechlichkeit	23 %	25 %	23 %
Kriminalitätsanstieg	29 %	26 %	23 %
Übermacht, Willkür der Beamten	10 %	10 %	9 %
Schwäche der Exekutive	14 %	12 %	8 %
Andrang von Zugereisten, Migranten	11 %	11 %	8 %
Bedrohung durch Terroranschläge am Ort, an dem Sie wohnen	12 %	6 %	7 %
Anstieg der AIDS-Erkrankungen	7 %	7 %	7 %
Zuwachs an Nationalismus, Verschlechterung internationaler Beziehungen	8 %	8 %	6 %
Grobheit, Brutalität der Miliz	8 %	9 %	6 %
Unmöglichkeit, vor Gericht die Wahrheit durchzusetzen	5 %	6 %	5 %
Terroranschläge in Tschetschenien und im Nordkaukasus	6 %	3 %	3 %
Verzug mit der Auszahlung von Löhnen, Renten, Unterhaltsgeldern u. Ä.	6 %	3 %	3 %
Konflikte zwischen verschiedenen Zweigen der Macht auf unterschiedlichen Ebenen	4 %	2 %	2 %
Beschränkung der Bürgerrechte, der demokratischen Freiheiten (Redefreiheit, Pressefreiheit, Freizügigkeit u. a.)	2 %	1 %	1 %
Anderes	2 %	1 %	2 %
Keine Antwort	1 %	2 %	2 %

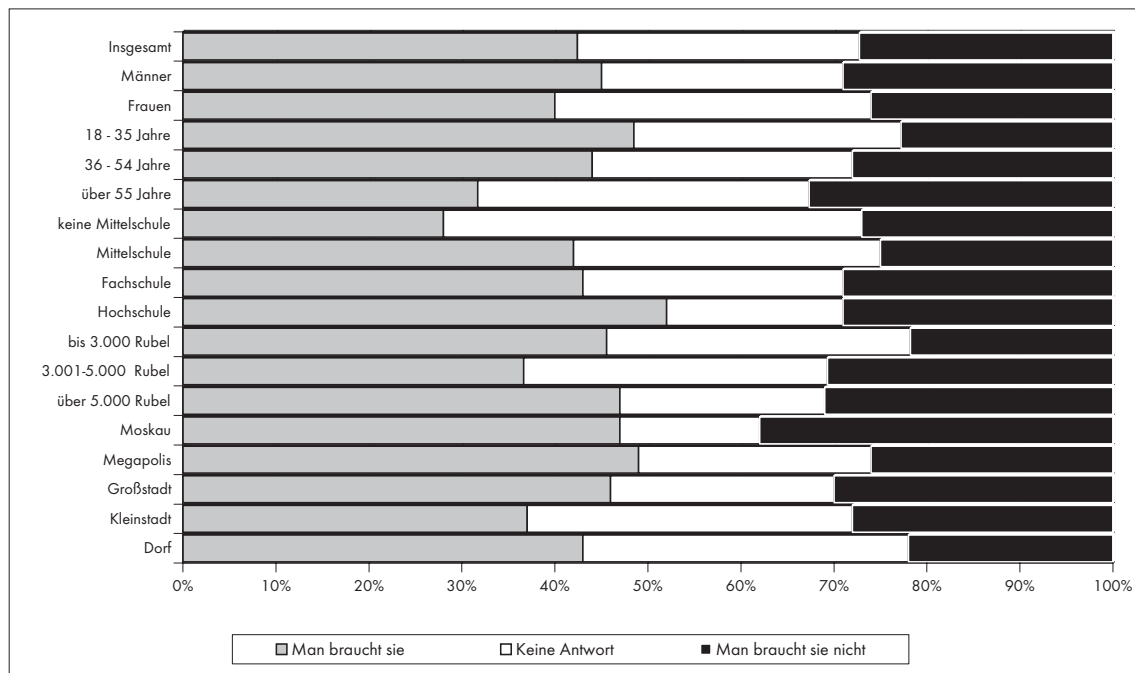
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 2006 bis Januar 2008

<http://www.levada.ru./press/2008020701.html>

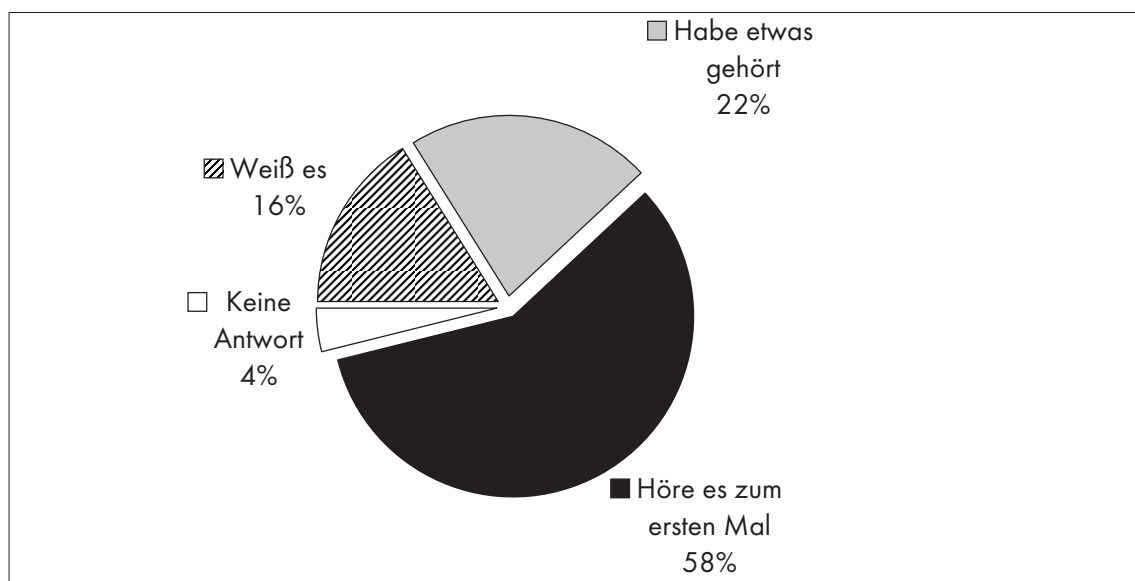
Braucht Russland internationale Wahlbeobachter?

Die russischen Wahlbehörden haben auch für die Präsidentenwahlen am 2.3.2008 ausländische Wahlbeobachter eingeladen, haben ihre Zahl aber auf 400 begrenzt. Das Kontingent der OSZE wurde auf 70 begrenzt. Das ODIHR (Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte), die OSZE-Behörde, die Wahlbeobachtungen organisiert, entschied sich, unter den gegebenen Bedingungen keine Beobachtermission zu entsenden – eine Entscheidung, die von der russischen Seite kritisiert wurde.

Braucht man bei Wahlen in Russland internationale Wahlbeobachter?



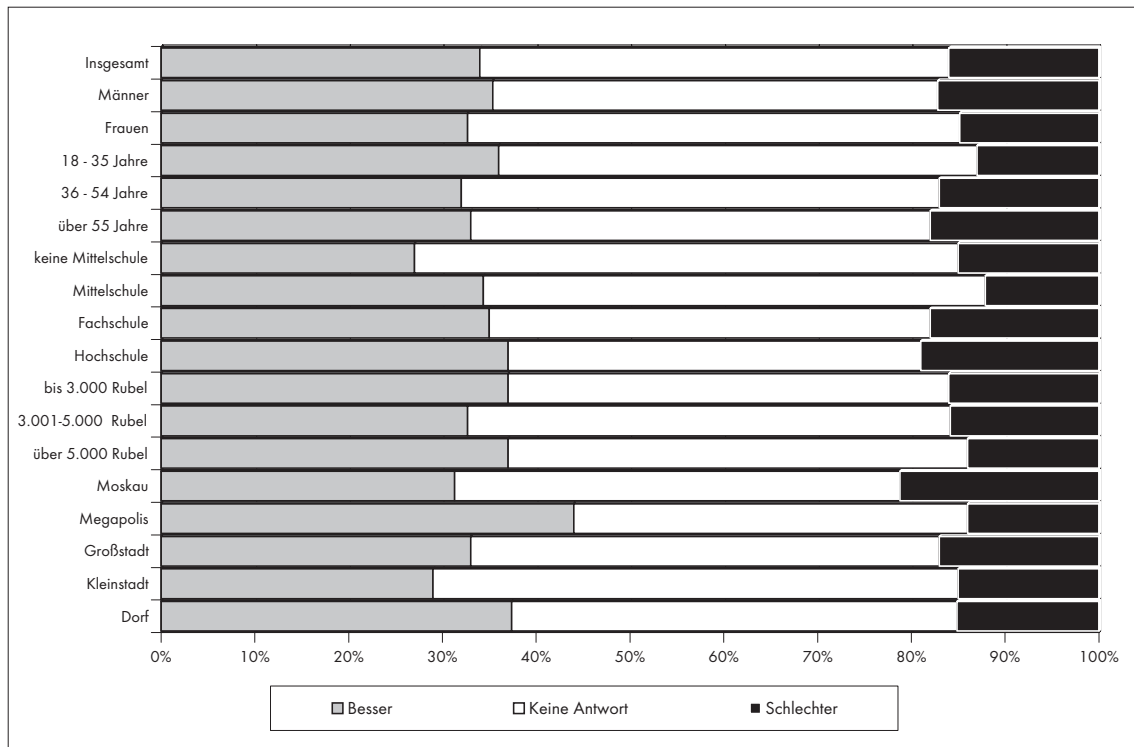
Wissen Sie, dass die OSZE es abgelehnt hat, Vertreter zur Beobachtung der bevorstehenden Wahlen in Russland zu entsenden?



Quelle: Umfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 16.–17.2.2008

<http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom0808/d080822>

Wäre es besser oder schlechter, wenn OSZE-Beobachter bei den Präsidentschaftswahlen anwesend wären?



Quelle: Umfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 16.–17.2.2008

<http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom0808/d080822>

Die Präsidentenwahl

Zu einigen rechtlichen Aspekten der Präsidentschaftswahlen in Russland

Dmitry Marenkov, Köln

Zusammenfassung

Die Grundsätze und das Verfahren der Präsidentschaftswahlen sind in der Verfassung vom 12.12.1993 sowie im Gesetz »Über die Wahlen des Präsidenten der Russischen Föderation« geregelt. Zum Präsidenten der Russischen Föderation kann jeder Bürger der Russischen Föderation im Mindestalter von 35 Jahren gewählt werden, der seit mindestens zehn Jahren ununterbrochen seinen festen Wohnsitz in Russland hat.

Die Präsidentschaftskandidaten können entweder von politischen Parteien nominiert werden oder ihre Kandidatur selbstständig aufstellen. Im letzteren Falle bedarf es der Unterstützung einer aus mindestens 500 Personen bestehenden Wählergruppe. Kandidaten von Wählergruppen und von Parteien, die nicht in der Staatsduma vertreten sind, müssen mindestens zwei Millionen Unterschriften zur Unterstützung der eigenen Kandidatur vorlegen. Diese Regelungen machen es für unabhängige Kandidaten schwer, bei den Präsidentschaftswahlen ihr passives Wahlrecht wahrzunehmen.

Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist es interessant, dass man sich im Kreml entschieden hat, den Machterhalt der aus St. Petersburg stammenden Umgebung von Wladimir Putin auch ohne Verfassungsänderung zu sichern. Auf die Aufhebung des Verbots der dritten Amtszeit wurde verzichtet. Durch gezielte Änderungen und praktische Anwendung der Wahlgesetzgebung hat man Voraussetzungen für die Wahl des vom Kreml vorgegebenen »Kronprinzen« geschaffen. In Anbetracht der Relation der verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Präsidenten und des Premierministers wird das politische Kräfteverhältnis des erwarteten künftigen Führungsduos Medwedjew-Putin mit Interesse zu beobachten sein.

Rechtsgrundlagen der Wahlen

Exakt drei Monate nach den Duma-Wahlen fanden in Russland die Präsidentschaftswahlen statt. Zum fünften Mal nach 1991, 1996, 2000 und 2004 wurde am 2.3.2008 in Russland das neue Staatsoberhaupt gewählt. In diesem Zusammenhang sind einige Aspekte wie das aktive und passive Wahlrecht, das Wahlverfahren, das Verbot der dritten Amtszeit sowie die Garantien für den Ex-Präsidenten von Interesse. Angesichts der Ankündigung, dass Putin bereit ist, unter dem Präsidenten Medwedjew Premierminister zu werden, stellt sich auch die Frage nach dem verfassungsrechtlichen Verhältnis des Präsidenten zu seinem Regierungschef.

Die Grundsätze und das Verfahren der Präsidentschaftswahlen sind in der Verfassung vom 12.12.1993 (im Folgenden: Verf-RF), dem Föderalen Gesetz Nr. 19-FZ »Über die Wahlen des Präsidenten der Russischen Föderation« vom 10.1.2003 (zuletzt geändert am 24.7.2007, im Folgenden: PräsWahlG) sowie dem Föderalen Gesetz Nr. 67-FZ »Über grundlegende Garantien der Wahlrechte und des Rechts der Teilnahme an einem Referendum der Bürger der Russischen Föderation« vom 12.6.2002 (zuletzt geändert am 24.7.2007, im Folgenden: WahlrechtsgarantieG) niedergelegt.

Terminierung der Wahl

Gemäß Art. 81 in Verbindung mit [i.V.m.] Art. 102 Abs. 1 lit. e) und Art. 5 Abs. 2 und 7 PräsWahlG werden die Präsidentschaftswahlen vom Föderationsrat frühestens 100 Tage und spätestens 90 Tage vor dem Wahltag angesetzt. Als Wahltag muss dabei der zweite Sonntag des Monats, in dem die vorhergegangenen Präsidentschaftswahlen vor vier Jahren stattgefunden hatten, bestimmt werden. Die vorletzten Präsidentschaftswahlen fanden am 14.3.2004 statt. Da das zweite März-Wochenende in Russland diesmal mit einem Feiertag zusammenfällt, wurde von der gesetzlichen Ermächtigung Gebrauch gemacht, den Wahltag in solchen Fällen um eine Woche vorzuziehen. Mit Beschluss vom 26.11.2007 setzte der Föderationsrat den 2.3.2008 als Wahltag fest.

Aktives und passives Wahlrecht

Zum Präsidenten der Russischen Föderation kann jeder Bürger der Russischen Föderation im Mindestalter von 35 Jahren gewählt werden, der seit mindestens zehn Jahren ununterbrochen seinen festen Wohnsitz in Russland hat (Art. 81 Abs. 2 Verf-RF i.V.m. Art. 3 Abs. 2 PräsWahlG). Interessant ist, dass Wladimir Putin diese Voraussetzung bei seiner Wahl zum Präsidenten am 26.3.2000 nur knapp erfüllte, da er in den Jahren 1985 bis 1990 bekanntlich in Dresden arbeitete. Das in der Vorgängerverfassung von 1978 noch enthaltene Höchstalter von 65 Jahren ist in die Verfassung von 1993 nicht übernommen worden.

Nach Art. 3 Abs. 3 PräsWahlG hat ein Bürger, der sich während der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen im Ausland aufhält, die gleichen Rechte wie die anderen russischen Bürger. Diese Vorschrift ist vor dem Hintergrund interessant, dass eine Parallelvorschrift im Gesetz über die Duma-Wahlen Nr. 51-FZ vom 18.5.2005 gestrichen wurde. Dagegen steht das Recht zu wählen und gewählt zu werden (aktives und passives Wahlrecht), Personen, die aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung als handlungsunfähig gelten oder eine Freiheitsstrafe verbüßen, nicht zu (Art. 3 Abs. 4 PräsWahlG). Im Falle von Michail Chodorkowskij hat diese Regelung beispielsweise zur Folge, dass die Verwirklichung seiner ursprünglichen Pläne einer Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2008 infolge der gegen ihn verhängten Freiheitsstrafe bereits kraft Gesetzes ausgeschlossen ist.

Eine bemerkenswerte Regelung hat das Änderungsgesetz Nr. 128-FZ vom 25.7.2006 mit sich gebracht. Danach dürfen Personen, die eine (ansonsten nach Art. 62 Verf-RF zulässige) doppelte Staatsangehörigkeit besitzen, weder ins Parlament noch zum Staatspräsidenten (Art. 3 Abs. 5.1 PräsWahlG) gewählt werden. Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf Bürger, die eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung auf dem Gebiet eines ausländischen Staates besitzen. Im laufenden Wahlkampf hatte diese Vorschrift bereits praktische Bedeutung erlangt, als die Zentrale Wahlkommission die Registrierung des Schriftstellers und ehemaligen sowjetischen Dissidenten Wladimir Bukowskij als Präsidentschaftskandidat mit Hinweis auf dessen zusätzlich bestehende britische Staatsangehörigkeit ablehnte. Das Oberste Gericht bestätigte am 26.12.2007 die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Zentralen Wahlkommission.

Die im Art. 4 Abs. 3.1 WahlrechtsgarantieG enthaltene generelle Versagung des passiven Wahlrechts für Personen mit einer doppelten Staatsangehörigkeit oder einem unbefristeten Aufenthaltsrecht in einem anderen Staat, auch bei der Wahl eines regionalen Parlaments, ist vor kurzem vom Russischen Verfassungsgericht für verfassungskonform erklärt worden. Im Beschluss vom 4.12.2007 berief sich das Verfassungsgericht auf die »besonders stabile politisch-rechtliche Verbindung der Staatsbürger zu ihrem Staat«. Die Tatsache, dass sich ein Bürger auch einem anderen Staat gegenüber verpflichtet fühle, sei vor diesem Hintergrund mit dem Grundsatz der Unabhängigkeit eines Abgeordnetenmandats nicht zu vereinbaren und gefährde den Vorrang der Verfassung der Russischen Föderation.

Wahlgrundsätze / Wahlverfahren

Art. 81 Verf-RF schreibt die Grundsätze der allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen vor.

Bei den Präsidentschaftswahlen besteht ein einheitlicher Wahlkreis, Art. 4 PräsWahlG. Die im Ausland lebenden russischen Bürger gelten ebenfalls als diesem Wahlkreis zugehörig.

Die Präsidentschaftskandidaten können gemäß Art. 6 PräsWahlG entweder von politischen Parteien, die nach dem Föderalen Gesetz »Über politische Parteien« Nr. 95-FZ vom 11.7.2001 zur Teilnahme an den Wahlen berechtigt sind, nominiert werden oder ihre Kandidatur selbstständig aufstellen. Im letzteren Falle bedarf es der Unterstützung einer aus mindestens 500 Personen bestehenden Wählergruppe, die bei der Zentralen Wahlkommission zu registrieren ist. Kandidaten von Wählergruppen und von Parteien, die nicht in der Staatsduma vertreten sind, müssen ferner gemäß Art. 36 PräsWahlG mindestens zwei Millionen Unterschriften zur Unterstützung der eigenen Kandidatur vorlegen. Dabei dürfen auf jedes von derzeit 84 Föderationssubjekten maximal 50.000 Unterschriften entfallen. Die Zentrale Wahlkommission führt eine Prüfung der Richtigkeit und Echtheit von mindestens 20 % der eingereichten Unterschriften durch. Art. 38 Abs. 11 PräsWahlG enthält eine lange Liste von Fehlern in der Unterschriftenliste, die zur Ungültigkeit führen. Beträgt der Anteil von unechten und ungültigen Unterschriften mehr als 5 %, wird der Präsidentschaftskandidat nicht registriert, Art. 38 Abs. 15 PräsWahlG.

Diese Regelung erlangte praktische Relevanz, als die Zentrale Wahlkommission am 27.1.2008 die Registrierung von Michail Kasjanow, dem Premierminister der ersten Amtszeit von Putin (2000–2004), ablehnte.

Der heute als Oppositionspolitiker auftretende Kasjanow soll zum Teil ungültige oder gar gefälschte Unterschriften eingereicht haben. Die Beschwerde von Kasjanow an das Oberste Gericht blieb ohne Erfolg, somit blieb es bei der Ablehnung seiner Registrierung.

Auffällig ist, dass die Zahl der registrierten Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen jedes Mal geringer wird. Wurden bei den Präsidentschaftswahlen 1996 noch 11 und 2000 noch 12 Kandidaten registriert, waren es im Jahre 2004 nur noch sieben Kandidaten. Bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen standen bekanntlich vier Namen auf dem Wahlzettel. Neben dem vom Kreml bestimmten »Kronprinzen« Dmitri Medwedjew zählt dazu der weitgehend unbekannte Andrej Bogdanow, der bereits zum dritten Mal nach 1996 und 2000 antretende Kommunist Gennadi Sjuganow sowie der ewige »Quotenkandidat« Wladimir Schirinowski. Der zunächst ebenfalls registrierte Demokrat und Hoffnungsträger der Jelzin-Ära Boris Nemzow zog seine Kandidatur freiwillig und aus Protest zurück. Er bezeichnete die Wahl als »Farce« und beklagte ungleiche Bedingungen beim Wahlkampf, insbesondere bei der TV-Sendezeit. Er rief ferner die, seiner Meinung nach, beiden anderen vom Kreml unabhängigen Kandidaten Sjuganow und Kasjanow dazu auf, seinem Beispiel zu folgen, »um den Wahlen ihre Legitimität zu entziehen«.

All diese Regelungen in ihrer konkreten Anwendung machen es für unabhängige Kandidaten extrem schwierig, bei den Präsidentschaftswahlen ihr passives Wahlrecht wahrzunehmen. Nach Einschätzung des demokratischen Politikers Wladimir Ryschkow sind die finanziellen und administrativen Hürden so hoch, dass ausschließlich vom Kreml zugelassene Parteien sowie die Präsidentschaftsadministration ungehindert ihre Kandidaten aufstellen könnten. Alle anderen seien praktisch von der Teilnahme ausgeschlossen (siehe S. 33).

Bei der Analyse der russischen Wahlgesetzgebung ist zu beachten, dass es bei den russischen Präsidentschaftswahlen ausschließlich darum geht, den vom Kreml mit Fingerzeig bestimmten Nachfolger ins Amt zu wählen. Ein Wahlkampf nach westeuropäischem oder US-amerikanischem Modell findet nicht statt. Genauso wenig finden TV-Debatten, Meinungsaustausch oder Diskussionen über einzelne Punkte des Wahlprogramms statt.

Gemäß Art. 76 Abs. 3 PräsWahlG ist derjenige Kandidat gewählt, der mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält. Im Falle, dass keiner der Kandidaten 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erreicht, findet 21 Tage später ein zweiter Wahldurchgang statt, zu dem die zwei Kandidaten mit den meisten Stimmen zugelassen sind. Im zweiten Wahldurchgang genügt die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, Art. 77 PräsWahlG.

Der gewählte Präsident wird bei seinem Amtsantritt vereidigt. Die Eidesformel lautet: »Ich schwöre, bei der Wahrnehmung der Befugnisse des Präsidenten der Russischen Föderation die Rechte und Freiheiten des Menschen und des Bürgers zu achten und zu wahren, die Verfassung der Russischen Föderation einzuhalten und zu schützen, die Souveränität und die Unabhängigkeit, die Sicherheit und die Integrität des Staates zu schützen, treu dem Volk zu dienen«, Art. 82 Abs. 1 Verf-RF.

Verbot der dritten Amtszeit

Gemäß Art. 81 Abs. 3 Verf-RF kann keine Person das Amt des Präsidenten der Russischen Föderation mehr als zwei aufeinander folgende Amtszeiten innehaben. Diese Regelung soll dazu dienen, personellen Wechsel an der Staatsspitze zu gewährleisten und dem Machtmissbrauch bzw. der Bildung eines autoritären Regimes entgegenzuwirken. Die ausgeübte Möglichkeit der praktischen Machtübergabe an den ausgewählten Nachfolger (»Prejennik«) relativiert jedoch diesen Gedanken. Da die Verfassung lediglich mehr als zwei Amtszeiten *nacheinander* verbietet, ist es aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht ausgeschlossen, dass Wladimir Putin bei den nächsten Präsidentschaftswahlen wieder antritt.

Garantien für Ex-Präsidenten

Einem aus dem Amt ausscheidenden Präsidenten steht eine Reihe von rechtlichen und sozialen Garantien zu, die im Föderalen Gesetz Nr. 12-FZ »Über Garantien für den ausgeschiedenen Präsidenten der Russischen Föderation und seine Familienmitglieder« vom 12.2.2001 (geändert am 24.7.2007) niedergelegt sind. Das Gesetz ersetzte einen entsprechenden Präsidialerlass über Garantien für den Ex-Präsidenten vom 31.12.1999, dem Tag des vorzeitigen Rücktritts von Boris Jelzin. Nach diesem Gesetz kann ein Ex-Präsident auch nach dem Ende seiner Amtszeit lebenslang auf Personenschutz, medizinische Versorgung, Transportservice, staatliches Ferienhaus (Datscha) sowie ein Team von Assistenten zurückgreifen. Ein Ex-Präsident hat ferner lebenslang, unabhängig vom Alter, einen Anspruch auf eine monatliche Zuwendung in Höhe von 75 Prozent seiner Bezüge als Staats-

präsident. Diese monatliche Rente wird jedoch für die Zeit, in der ein Ex-Präsident ein anderes Staatsamt ausübt, nicht gezahlt. Die Finanzierung der oben genannten Ausgaben erfolgt aus dem Föderalen Haushalt.

Die wichtigste Regelung findet sich jedoch in Art. 3 des Gesetzes. Danach genießt ein Ex-Präsident Immunität und kann für die Handlungen, die er während seiner Amtszeit begangen hat, nicht strafrechtlich verfolgt werden. Er kann ferner nicht verhaftet, durchsucht oder vernommen werden, wenn die betreffenden Handlungen im Zusammenhang mit der Ausübung seiner Befugnisse als Präsident der Russischen Föderation standen. Der Immunitätsschutz des Ex-Präsidenten kann nur in Fällen von schwerwiegenden Straftaten und bei einem gleichzeitigen entsprechenden Beschluss der beiden Kammern des Parlaments, der Staatsduma und des Föderationsrats, entzogen werden.

Voraussichtliches »Tandem« Medwedjew-Putin

Einiges deutet darauf hin, dass Wladimir Putin nach dem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt die Position des Regierungschefs einnehmen wird. Für das zukünftige politische Kräfteverhältnis ist daher das verfassungsrechtliche Verhältnis der beiden Positionen von Interesse.

Die russische Verfassung regelt in Art. 83 lit. a) und Art. 111 Abs. 1 Verf-RF, dass der Premierminister vom Präsidenten nach Abstimmung mit der Staatsduma ernannt wird. Dabei steht es nur dem Präsidenten zu, konkrete Kandidatenvorschläge hinsichtlich des Postens des Premierministers zu unterbreiten. Der neu gewählte Präsident muss nach Art. 111 Abs. 2 Verf-RF innerhalb von zwei Wochen nach seinem Amtsantritt einen Kandidaten für die Position des Premierministers vorschlagen. Die Staatsduma hat die Gelegenheit, eine Woche lang über die vom Präsidenten unterbreitete Kandidatur zu beraten, ist jedoch nicht befugt, eigene Vorschläge zu machen. Lehnt die Staatsduma den vom Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten für den Regierungsvorsitz dreimal ab, löst der Präsident die Staatsduma auf und ordnet Parlamentsneuwahlen an, Art. 111 Abs. 4 Verf-RF.

Der Premierminister bestimmt nach Art. 113 Verf-RF in Übereinstimmung mit der Verfassung, den föderalen Gesetzen und den Präsidialerlassen die grundlegenden Ausrichtungen der Tätigkeit der Regierung und organisiert ihre Arbeit. Der Premierminister vertritt außerdem den Präsidenten in Fällen, in denen dieser aus gesundheitlichen oder sonstigen Gründen nicht in der Lage ist, seinen Pflichten nachzukommen, vorübergehend (Art. 92 Abs. 3 Verf-RF). Während dieser Zeit ist der den Präsidenten vertretende Premierminister jedoch nicht berechtigt, die Präsidialbefugnisse der Auflösung der Staatsduma, der Anordnung eines Referendums und einer Initiative zur Änderung der Verfassung auszuüben. Gemäß Art. 31 des Föderalen Verfassungsgesetzes Nr. 2-FKZ »Über die Regierung der Russischen Föderation« vom 17.12.1997 (geändert am 1.6.2005, im Folgenden: Regierungsg) ist der Präsident berechtigt, den Vorsitz bei den Sitzungen der Regierung zu übernehmen. Gemäß Art. 33 Regierungsg können Verordnungen und Verfügungen der Regierung vom Präsidenten aufgehoben werden, wenn diese gegen die Verfassung, föderale Verfassungsgesetze, föderale Gesetze oder Präsidialerlässe verstoßen.

Gemäß Art. 117 Abs. 1 Verf-RF kann die Regierung ihren Rücktritt einreichen, über dessen Annahme oder Ablehnung der Präsident zu entscheiden hat.

Von besonderem Interesse für die künftige neue Subordination ist aber die Regelung des Art. 117 Abs. 2 und Art. 83 lit. c) Verf-RF. Danach ist der Präsident befugt, eine Entscheidung über den Rücktritt der Regierung zu treffen. Es handelt sich um eine Ermessensentscheidung des Präsidenten, die er auf eigene Initiative ergreifen kann und die nicht an das Vorliegen bestimmter Gründe gebunden ist. Die Entlassung des Regierungschefs ist zudem ausdrücklich im Art. 7 Regierungsg geregelt. Danach kann der Premierminister auf eigenes Rücktrittsgesuch hin oder »im Falle der Unmöglichkeit der Ausübung seiner Befugnisse« entlassen werden. Die Entlassung des Regierungschefs zieht automatisch die Entlassung der gesamten Regierung nach sich. Der Präsident hat den Föderationsrat und die Staatsduma über die Entlassung des Premierministers zu benachrichtigen. Einer Zustimmung der beiden Parlamentskammern bedarf es jedoch nicht.

Eine Neuordnung von Verfassungsbefugnissen zwischen Präsident und Premierminister, insbesondere eine Aufwertung der Stellung des Premierministers, ist nach Aussage von Wladimir Putin derzeit nicht beabsichtigt.

Fazit

Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist es interessant, dass man sich im Kreml entschieden hat, den Machterhalt der aus St. Petersburg stammenden Umgebung von Wladimir Putin auch ohne eine Verfassungsänderung zu sichern. Auf die vielfach diskutierte Aufhebung des Verbots der dritten Amtszeit wurde verzichtet. Durch gezielte Änderungen und praktische Anwendung der Wahlgesetzgebung hat man dafür beste Voraussetzungen für die Wahl des vom Kreml vorgegebenen »Kronprinzen« geschaffen. In Anbetracht der geschilderten Relation der verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Präsidenten und des Premierministers wird das politische Kräfteverhältnis des erwarteten künftigen Führungsduos Medwedjew-Putin mit Interesse zu beobachten sein.

Über den Autor

Dmitry Marenkov ist im Referat Ausländisches Wirtschafts- und Steuerrecht der Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) in Köln für die Staaten Mittel- und Osteuropas zuständig.

Lesetipps

Deutsche Übersetzung der Verfassung der Russischen Föderation von Dietrich Frenzke in: Georg Brunner (Hrsg.), Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Staaten Osteuropas (VSO), Bd. IV, Berlin 1995; Herwig Roggemann (Hrsg.), Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas, Berlin 1999; sowie in Osteuropa-Recht 1994, S. 292 ff.

Internet-Links:

- <http://www.kremlin.ru> (Offizielle Webseite des Präsidenten, Russisch und Englisch)
- <http://www.constitution.garant.ru> (Verfassung der RF, Russisch und Englisch)
- <http://www.cikrf.ru/cikrf/> (Zentrale Wahlkommission der RF, Russisch und Englisch)
- http://www.cikrf.ru/law/2/zakon_19.jsp (Föderales Gesetz Nr. 19-FZ »Über die Wahlen des Präsidenten der Russischen Föderation« vom 10.1.2003 in russischer Originalfassung)
- <http://www.consultant.ru/online/base/?req=doc;base=LAW;n=70280> (Föderales Gesetz Nr. 12-FZ »Über Garantien für den ausgeschiedenen Präsidenten der Russischen Föderation und seine Familienmitglieder« vom 12.2.2001)

Chance für einen neuen Anfang?

Hans-Henning Schröder, Bremen / Berlin

Die Technik der Machtübergabe

Am 2. März wurde Dmitrij Medwedjew erwartungsgemäß mit überwältigender Mehrheit zum Nachfolger Wladimir Putins gewählt. Zum zweiten Mal ist es den Eliten des postsowjetischen Russland gelungen, für die *translatio imperii* – die Übergabe der obersten Macht an einen Nachfolger – die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen. Wie bereits 1999/2000 erprobt, erfolgte die Auswahl und Bestätigung des Nachfolgers in mehreren Schritten: Präsident und Präsidialadministration wählen einen vertrauenswürdigen Nachfolger aus, der die Sicherheit des amtierenden Präsidenten und seiner Umgebung auch nach der Abgabe der Macht garantiert; der potentielle Nachfolger muss dann von den Eliten akzeptiert werden – der Elitenkonsens ist die Basis, die den Nachfolger trägt; und schließlich bedarf es eines Aktes plebiszitärer Zustimmung, der ihm eine formale Legitimation verschafft. Die Präsidentenwahl am 2. März war der dritte und letzte Akt dieses Übergabeprozesses. Weder 1999/2000 noch 2007/2008 verlief dieser Prozess reibungslos. 1999 schwankte die »Jelzin-Familie« zwischen wenigstens zwei Kandidaten und Putin war nur die zweite Wahl, nachdem sich erwies, dass Stepaschin keinen Rückhalt gewinnen konnte. Auch die Putin-Administration agierte im Herbst 2007 ausgesprochen zögerlich und präsentierte den Kandidaten Medwedjew erst, als die Nachfolgedebatte in Moskau bei vielen Beobachtern Irritationen ausgelöst hatte. Nach der öffentlichen Bestimmung des Kandidaten verlief der weitere Prozess aber bemerkenswert glatt und das Wahlvolk akklamierte den Nachfolger, der im Tandem mit seinem Vorgänger Putin antrat, in überzeugender Weise.

Wandel der Machtverhältnisse?

Der reibungslose Verlauf der Übergabeprozedur bedeutet allerdings nicht, dass die Machtverhältnisse nun schon konsolidiert sind. Die Mechanismen der neuen Doppelspitze bedürfen erst der Erprobung und die tatsächlichen Kräfteverhältnisse sind noch keineswegs geklärt. Auch die Putin-Administration hat Zeit gebraucht, um ihre Position zu konsolidieren. Putin selbst verfügte 1999–2000 praktisch über keine eigene Hausmacht und hatte in der Gesellschaft keinen politischen Rückhalt. Dennoch konnte er allmählich eine Umgestaltung der Machtverhältnisse in die Wege leiten, die er mit einem Elitenwechsel begleitete. Putin nützte die Heterogenität der Elitenkoalition, die ihn trug, klug aus und eliminierte Schritt für Schritt die Gruppierungen, die ihn einengten. Er trieb jene Finanzmagnaten, die die Medien kontrollierten wie Wladimir Gusinskij und Boris Beresowskij, außer Landes, schwächte durch eine Reihe administrativer Maßnahmen die Position der Gouverneure und schuf sich eine Hausmacht, indem er Angehörige des FSB und seiner Petersburger Entourage in Schlüsselpositionen brachte. 2003 war die Putin-Administration stark genug, den reichsten Mann Russlands in Lagerhaft zu nehmen, sein Finanzimperium zu zerschlagen und die Teilstücke an die eigenen Parteigänger zu verteilen. Im Gefolge dieser Aktion wurden dann auch die letzten Vertreter des Jelzinschen Apparates aus dem Machtzentrum entfernt und mit der Abschaffung der Wahl der Gouverneure, deren Abhängigkeit vom Präsidenten gesichert.

Medwedjew wird es in mancher Hinsicht schwerer haben als Putin, da sein Vorgänger sich nicht aus der Öffentlichkeit zurückzieht. Jelzin war physisch außerstande, noch eine politische Rolle wahrzunehmen, Putin ist im besten Politikeralter und genießt hohes Ansehen bei Eliten und Bevölkerung. Allein aufgrund dessen stellt er einen politischen Faktor dar. Jelzin war nach seinem Rückzug nicht mehr als eine unangenehme Erinnerung. Medwedjew muss also mit Putin rechnen, doch er braucht auch die Rückendeckung, wenigstens solange, bis er eigene Statur gewonnen hat.

Medwedjews »Neue Gesellschaft«

Programmatisch kann Medwedjew an seinen Vorgänger anknüpfen. Putin hat die zahlreichen Probleme, mit denen das Land konfrontiert ist, immer wieder offen angesprochen – die fehlende Rechtsstaatlichkeit, die Korruption, die Habgier der Beamten, die großen sozialen Unterschiede, die Missstände im Renten- und Gesundheitssystem, die Schwächen der Infrastruktur, die Mängel der verarbeitenden Industrie, die hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben ist. Auf manchen Feldern besserte sich die Lage in den Putin-Jahren. So stiegen die Reallöhne und die Armut ging zurück, doch viele Probleme blieben ungelöst. So liegt die durchschnittliche Lebenserwartung 2006 für Männer bei 60 und für Frauen bei 73 Jahren – für ein Industrieland ein beschämend niedriger Wert. Hier liegen die Aufgaben, die Medwedjew lösen muss.

Und ganz richtig hat er sie in den programmatischen Reden angesprochen, die er im Januar und Februar 2008 in verschiedenen Kontexten gehalten hat. In Krasnojarsk entwarf er am 15. Februar eine Vision von persönlicher Freiheit in einem funktionierenden Rechtsstaat. Er kritisierte die »Geld-« und »Telefonrechtsprechung« – die gängige Praxis, Gerichtsentscheidungen durch Bestechung oder Anrufe »mächtiger Freunde« zu beeinflussen. Medwedjew verlangte auch die Beseitigung der Korruption und eine durchgreifende Verbesserung der Verwaltung bei gleichzeitigem Personalabbau, u. a. um die Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft zu fördern. Respekt vor dem Eigentum und vor Rechtsvorschriften stellte er als Kern einer erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung dar, zu der aber auch eine Entwicklung des Finanzsystems und der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur gehöre. Medwedjew verlangte mehr technische und wissenschaftliche Innovation, eine bessere Wissenschaftspolitik und – als unabdingbare Voraussetzung – den Ausbau der sozialen Sphäre, um das Potential aller Menschen zu wecken und eine »neue Gesellschaft« zu schaffen, in der jeder »motiviert ist, Waren und Dienstleistungen höchster Qualität zu produzieren und zu konsumieren«.

Was Medwedjew in Krasnojarsk ankündigte, war eine Politik des »New Deal«, eine soziale Vision, die eine Perspektive für rasches Wachstum und eine allgemeine Besserung der Lebenssituation versprach. Vor dem Hintergrund hoher Energieeinnahmen erscheint dieses Programm auch nicht unrealistisch. Andererseits greift der Nachfolger all jene Themen auf, die sein Vorgänger angesprochen hat, ohne sie wirklich einer Lösung zuzuführen. Medwedjews Programm erwächst aus der Benennung der Defizite der Putin-Jahre. Ob er aber willens und in der Lage ist, dieses Programm einzulösen, das muss vorläufig dahingestellt bleiben. Bei den so genannten »nationalen Projekten« in den Bereichen Landwirtschaft, Bildung, Gesundheitswesen und Wohnungsbau, die von Medwedjew koordiniert wurden, gab es bis jetzt kaum fühlbare Ergebnisse. Ob es dem Nachfolger gelingen wird, seine Macht – mit oder ohne Putin – zu konsolidieren, ob er sein Programm einer »neuen Gesellschaft« wirklich in Angriff nehmen will und ob er in der Lage ist, es gegen die starken Interessen des Verwaltungsapparats und der großen Finanzgruppen durchzusetzen, das muss sich in den nächsten Jahren erweisen.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt Osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.

Lesetipps

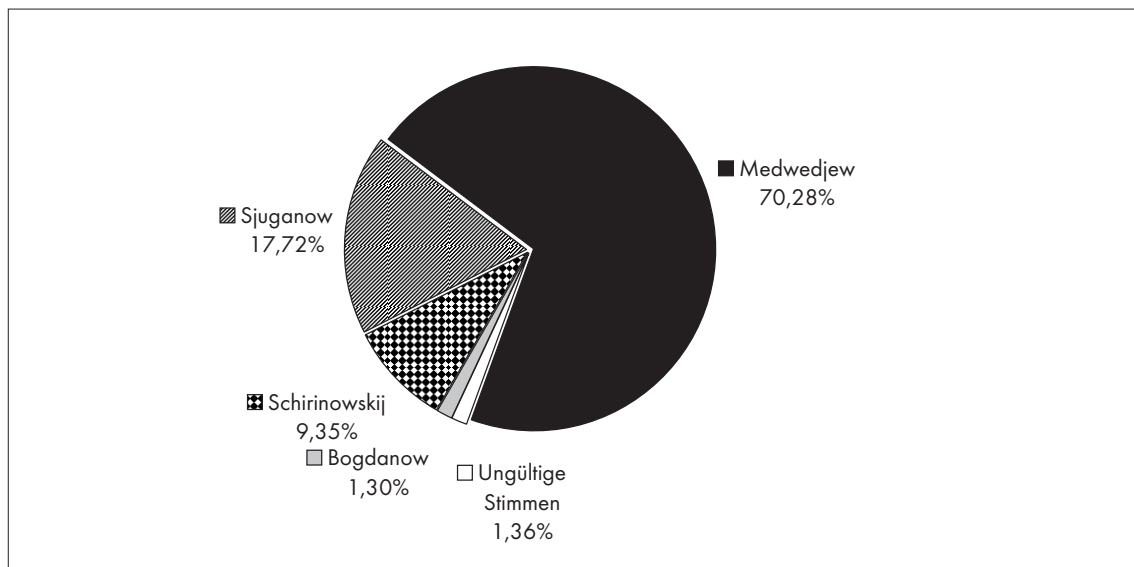
- Andrew Wilson: Meeting Medvedev. The Politics of the Putin Succession. Policy Brief. ECFR/05 February 2008, www.ecfr.eu
- Carl Holmberg: Managing Elections in Russia. Mechanisms and Problems. FOI Report (FOI-R--2474-SE), Stockholm: FOI 2008, 116 S. <http://www2.foi.se/rapp/foir2474.pdf>, Februar 2008
- Marie Mendras: Le citoyen en danger. Droits de l'Homme et libertés dans la Russie poutinienne. Février 2008 <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/eStudies.do?language=FR>
- Mark A Smith: The Russian Presidential Succession, Defence Academy of the United Kingdom, Advanced Research and Assessment Group, Russian Series Januar 2008 <http://www.da.mod.uk/colleges/csrc/document-listings/russian/08%2801%29MAS.pdf>

Die amtlichen Endergebnisse der Präsidentenwahlen vom 2. März 2008

Ungeachtet der Tatsache, dass der Wahlausgang lange vor dem 2. März feststand, sind die Wahlergebnisse von Interesse. Ziel des Wahlgangs war ja nicht die Auswahl eines Kandidaten im Rahmen eines politischen Wettbewerbs, sondern die Legitimierung des von den Eliten bestimmten Nachfolgers durch einen breiten, plebiszitären Prozess. In diesem Prozess können zugleich die regionalen Apparate ihre Loyalität demonstrieren und ihre Fähigkeit, die Bevölkerung zu mobilisieren. Insofern ist der Wahlgang auch eine Überprüfung der Funktionsfähigkeit der »Machtvertikale«. Die Ergebnisse zeigen erkennbare regionale Unterschiede.

Das amtliche Endergebnis der russischen Präsidentenwahlen

(Stand: 7.3.2008)



Quelle: http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100022249920&vrn=100100022176412®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&prnetvd=null&vbid=100100022249920&type=226

Wahlprotokoll. Amtliches Endergebnis der Präsidentenwahlen vom 2.3.2008**Stand: 7.3.2008**

		Stimmen	in % zu Wahlberechtigten	in % zu den abgegebenen Stimmen
1	Wahlberechtigte	107.222.016	100,00%	
2	An die Wahlkommissionen ausgegebene Stimmzettel	102.767.070	95,85%	
3	Stimmzettel an Wähler, die vorzeitig abstimmen	188.421	0,18%	0,25%
4	Stimmzettel an Wähler am Wahltag zur Abstimmung in Wahlräumen	69.061.788	64,41%	92,39%
5	Stimmzettel an Wähler am Wahltag zur Abstimmung außerhalb von Wahlräumen	5.599.055	5,22%	7,49%
6	Entwertete Stimmzettel	27.917.371	26,04%	37,35%
7	Stimmzettel in mobilen Urnen	5.786.127	5,40%	7,74%
8	Stimmzettel in ortsfesten Urnen	68.960.522	64,32%	92,26%
9	Ungültige Stimmen	1.015.533	0,95%	1,36%
10	Gültige Stimmen	73.731.116	68,76%	98,64%
11	Wahlscheine (von Wahlkommissionen eingenommen)	2.261.098	2,11%	3,03%
12	Wahlscheine (von Wahlkommissionen ausgegeben)	1.798.965	1,68%	2,41%
13	Wähler, die mit Wahlscheinen abgestimmt haben	1.319.640	1,23%	1,77%
14	Nicht genutzte, entwertete Wahlscheine	462.074	0,43%	0,62%
15	Wahlscheine der Territorialen Wahlkommission	155.338	0,14%	0,21%
16	Verlorengegangene Stimmzettel	445	0,00%	0,00%
17	Stimmzettel, die bei Erhalt nicht gewertet wurden	10	0,00%	0,00%
17a	Zahl der verlorengegangenen Wahlscheine	30	0,00%	0,00%
17b	Wahlscheine, die bei Erhalt nicht gewertet wurden	0	0,00%	0,00%
18	Bogdanow	968.344	0,90%	1,30%
19	Shirinowskij	6.988.510	6,52%	9,35%
20	Sjuganow	13.243.550	12,35%	17,72%
21	Medwedew	52.530.712	48,99%	70,28%
	Wahlbeteiligung	74.746.649	69,71%	

Quelle: http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100022249920&vrn=100100022176412®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vid=100100022249920&type=226

Das amtliche Endergebnis der Präsidentenwahl nach Regionen

	in Zahlen							in Prozent				
	Anzahl der Wähler im Wählerverzeichnis	Anzahl ungültiger Stimmzettel	Anzahl gültiger Stimmzettel	Bogdanow	Shirynowskij	Sjuganow	Medwedjew	Bogdanow	Shirynowskij	Sjuganow	Medwedjew	Wahlbeteiligung
Russländische Föderation	107.222.016	1.015.533	73.731.116	968.344	6.988.510	13.243.550	52.530.712	1,30%	9,35%	17,72%	70,28%	69,71%
Republik Mordwinien	657.715	3.367	607.210	1.541	12.814	41.473	551.382	0,25%	2,10%	6,79%	90,31%	92,83%
Republik Inguschetien	165.968	106	153.122	165	10.257	2.258	140.442	0,11%	6,69%	1,47%	91,66%	92,32%
Republik Karatschajewo-Tscherkessien	302.748	723	278.405	523	3.581	22.104	252.197	0,19%	1,28%	7,92%	90,35%	92,20%
Autonomer Kreis der Jamal-Nenzen	348.507	2.081	318.395	2.780	23.686	23.174	268.755	0,87%	7,39%	7,23%	83,86%	91,96%
Republik Kabardino-Balkarien	517.715	550	474.170	757	10.787	41.075	421.551	0,16%	2,27%	8,65%	88,80%	91,70%
Republik Tschetschenien	587.164	610	534.651	4.533	43.617	11.723	474.778	0,85%	8,15%	2,19%	88,70%	91,16%
Republik Dagestan	1.433.651	2.530	1.293.173	1.975	6.351	93.873	1.190.974	0,15%	0,49%	7,24%	91,92%	90,38%
Republik Baschkortostan	2.922.491	15.375	2.615.505	15.859	75.500	208.679	2.315.467	0,60%	2,87%	7,93%	88,01%	90,02%
Autonomer Kreis der Tschuktschen	36.553	445	31.714	403	2.825	2.306	26.180	1,25%	8,78%	7,17%	81,41%	87,98%
Region Krasnodar	3.556.142	40.913	3.066.760	25.771	185.683	522.725	2.332.581	0,83%	5,97%	16,82%	75,06%	87,39%
Gebiet Tjumen	1.021.589	9.258	848.791	10.063	80.995	80.885	676.848	1,17%	9,44%	9,43%	78,88%	83,99%
Republik Mari El	510.777	4.836	421.550	4.153	26.643	61.497	329.257	0,97%	6,25%	14,42%	77,22%	83,48%
Republik Tatarstan	2.831.072	24.858	2.332.505	28.975	130.820	304.789	1.867.921	1,23%	5,55%	12,93%	79,24%	83,27%
Gebiet Omsk	1.533.043	18.614	1.255.388	19.343	154.318	278.540	803.187	1,52%	12,11%	21,86%	63,04%	83,10%
Wahllokale außerhalb der Grenzen der RF	400.711	3.522	326.661	3.736	14.695	24.932	283.298	1,13%	4,45%	7,55%	85,80%	82,40%
Gebiet Kemerowo	2.099.066	56.120	1.664.125	47.304	258.547	145.401	1.212.873	2,75%	15,03%	8,45%	70,51%	81,95%
Republik Tuwa	164.110	1.543	130.675	772	4.174	7.638	118.091	0,58%	3,16%	5,78%	89,32%	80,57%

Das amtliche Endergebnis der Präsidentenwahl nach Regionen (Fortsetzung)

	in Zahlen							in Prozent				
	Anzahl der Wähler im Wählerverzeichnis	Anzahl ungültiger Stimmzettel	Anzahl gültiger Stimmzettel	Bogdanow	Shirynowskij	Sjuganow	Medwedjew	Bogdanow	Shirynowskij	Sjuganow	Medwedjew	Wahlbeteiligung
Autonomer Kreis der Chanten und Mansen	1.008.746	10.321	782.227	12.714	126.235	114.779	528.499	1,60%	15,93%	14,48%	66,68%	78,57%
Gebiet Tambow	849.705	13.417	652.863	5.104	35.877	128.765	483.117	0,77%	5,38%	19,33%	72,51%	78,41%
Stadt Bajkonur (Kasachstan)	16.239	119	12.566	133	1.129	1.255	10.049	1,05%	8,90%	9,89%	79,22%	78,11%
Gebiet Belgorod	1.187.119	14.984	910.224	8.863	63.123	200.170	638.068	0,96%	6,82%	21,64%	68,96%	77,94%
Gebiet Lipezk	948.315	11.559	720.867	8.952	70.130	159.575	482.210	1,22%	9,58%	21,79%	65,84%	77,23%
Republik Altai	141.813	1.264	107.729	1.123	8.937	17.206	80.463	1,03%	8,20%	15,79%	73,82%	76,86%
Gebiet Orjol	660.794	8.929	490.441	4.690	40.614	113.670	331.467	0,94%	8,13%	22,76%	66,38%	75,57%
Republik Sacha (Jakutien)	594.480	6.645	439.007	7.701	37.743	91.503	302.060	1,73%	8,47%	20,53%	67,78%	74,97%
Gebiet Saratow	1.967.217	16.186	1.451.706	12.055	91.094	238.553	1.110.004	0,82%	6,21%	16,25%	75,62%	74,62%
Region Chabarowsk	1.046.739	12.171	766.544	15.756	110.306	141.191	499.291	2,02%	14,17%	18,13%	64,12%	74,39%
Gebiet Pensa	1.131.242	17.980	816.424	7.601	54.209	158.862	595.752	0,91%	6,50%	19,04%	71,40%	73,76%
Republik Tschuwaschien	955.051	13.685	687.525	7.064	56.021	158.270	466.170	1,01%	7,99%	22,57%	66,48%	73,42%
Republik Nordossetien	483.927	6.871	347.456	2.007	16.350	69.189	259.910	0,57%	4,61%	19,53%	73,35%	73,22%
Republik Komi	748.397	6.013	531.269	6.770	59.601	79.451	385.447	1,26%	11,09%	14,79%	71,74%	71,79%
Republik Burjatien	678.759	6.667	477.168	5.007	40.110	89.315	342.736	1,03%	8,29%	18,46%	70,84%	71,28%
Transbaikalienregion	809.100	6.083	564.317	5.801	84.151	98.958	375.407	1,02%	14,75%	17,35%	65,81%	70,50%
Gebiet Kirow	1.135.492	10.432	787.413	7.830	57.879	112.991	608.713	0,98%	7,25%	14,16%	76,29%	70,26%
Gebiet Woronesch	1.910.819	16.714	1.320.695	12.642	119.728	301.963	886.362	0,95%	8,95%	22,58%	66,27%	69,99%
Gebiet Amur	646.683	6.073	445.892	5.066	63.972	89.329	287.525	1,12%	14,15%	19,76%	63,62%	69,89%
Gebiet Rostow	3.299.852	18.330	2.285.522	19.685	141.353	351.889	1.772.595	0,85%	6,14%	15,27%	76,94%	69,82%

Das amtliche Endergebnis der Präsidentenwahl nach Regionen (Fortsetzung)

	in Zahlen							in Prozent				
	Anzahl der Wähler im Wählerverzeichnis	Anzahl ungültiger Stimmzett	Anzahl gültiger Stimmzett	Bogdanow	Shirinskij	Sjuganow	Medwedjew	Bogdanow	Shirinskij	Sjuganow	Medwedjew	Wahlbeteiligung
Gebiet Moskau	5.447.571	61.637	3.707.622	54.525	320.243	678.746	2.654.108	1,45%	8,50%	18,01%	70,41%	69,19%
Gebiet Magadan	124.162	1.232	84.183	1.304	11.841	17.168	53.870	1,53%	13,86%	20,10%	63,07%	68,79%
Gebiet Tula	1.258.913	13.683	850.613	10.140	77.382	177.133	585.958	1,17%	8,95%	20,49%	67,80%	68,65%
Jüdisches Autonomes Gebiet	133.887	1.484	89.907	1.048	9.102	18.170	61.587	1,15%	9,96%	19,88%	67,39%	68,26%
Stadt Sankt Petersburg	3.357.847	40.311	2.246.447	42.555	167.868	383.495	1.652.529	1,86%	7,34%	16,77%	72,27%	68,10%
Gebiet Murmansk	682.267	6.116	457.830	8.406	62.029	84.638	302.757	1,81%	13,37%	18,24%	65,26%	68,00%
Gebiet Tscheljabinsk	2.720.320	24.186	1.825.643	28.443	209.106	374.066	1.214.028	1,54%	11,30%	20,22%	65,63%	68,00%
Republik Kalmykien	211.674	1.484	141.621	1.380	5.926	31.908	102.407	0,96%	4,14%	22,30%	71,56%	67,61%
Gebiet Kaluga	798.678	7.262	530.493	7.494	53.235	117.318	352.446	1,39%	9,90%	21,82%	65,54%	67,33%
Gebiet Pskow	593.834	4.190	395.044	3.618	30.197	81.144	280.085	0,91%	7,56%	20,32%	70,16%	67,23%
Gebiet Astrachan	754.985	4.506	500.773	3.780	29.298	87.345	380.350	0,75%	5,80%	17,29%	75,28%	66,93%
Gebiet Wologda	983.232	6.629	650.715	9.622	84.554	105.319	451.220	1,46%	12,86%	16,02%	68,64%	66,86%
Gebiet Nischni Nowgorod	2.742.532	24.052	1.808.303	27.096	209.801	438.282	1.133.124	1,48%	11,45%	23,92%	61,84%	66,81%
Region Stawropol	1.929.075	13.629	1.263.630	13.297	127.003	295.813	827.517	1,04%	9,94%	23,16%	64,79%	66,21%
Gebiet Kursk	957.465	7.546	626.127	6.447	74.192	138.256	407.232	1,02%	11,71%	21,82%	64,27%	66,18%
Gebiet Twer	1.166.301	8.654	759.959	9.911	83.234	147.434	519.380	1,29%	10,83%	19,18%	67,57%	65,90%
Stadt Moskau	6.998.056	110.257	4.483.969	93.714	347.329	756.936	3.285.990	2,04%	7,56%	16,48%	71,52%	65,65%
Gebiet Nowosibirsk	2.039.733	17.079	1.312.877	19.479	143.606	326.591	823.201	1,46%	10,80%	24,56%	61,90%	65,20%
Gebiet Smolensk	830.020	8.106	531.583	7.497	71.817	132.427	319.842	1,39%	13,31%	24,54%	59,26%	65,02%
Republik Adygeja	333.887	1.963	215.080	1.861	15.092	46.686	151.441	0,86%	6,95%	21,51%	69,77%	65,00%
Gebiet Wolgograd	1.844.337	12.025	1.182.416	13.235	135.793	289.613	743.775	1,11%	11,37%	24,25%	62,27%	64,76%

Das amtliche Endergebnis der Präsidentenwahl nach Regionen (Fortsetzung)

	in Zahlen							in Prozent				
	Anzahl der Wähler im Wählerverzeichnis	Anzahl ungültiger Stimmzett	Anzahl gültiger Stimmzett	Bogdanow	Shirynowskij	Sjuganow	Medwedjew	Bogdanow	Shirynowskij	Sjuganow	Medwedjew	Wahlbeteiligung
Gebiet Irkutsk	1.863.300	15.003	1.191.371	19.854	169.507	263.217	738.793	1,65%	14,05%	21,82%	61,24%	64,74%
Gebiet Orenburg	1.603.049	10.379	1.020.525	11.259	111.290	271.126	626.850	1,09%	10,80%	26,30%	60,81%	64,31%
Region Primorje	1.514.321	15.578	957.100	15.526	129.205	191.401	620.968	1,60%	13,28%	19,68%	63,84%	64,23%
Republik Udmurtien	1.217.874	9.015	773.003	10.913	84.527	126.537	551.026	1,40%	10,81%	16,18%	70,46%	64,21%
Gebiet Kurgan	771.954	3.707	488.347	5.149	62.147	101.569	319.482	1,05%	12,63%	20,64%	64,93%	63,74%
Gebiet Leningrad	1.244.438	8.785	783.661	10.651	74.662	142.098	556.250	1,34%	9,42%	17,93%	70,19%	63,68%
Gebiet Kostroma	571.439	3.403	359.147	4.693	45.713	82.380	226.361	1,29%	12,61%	22,72%	62,44%	63,45%
Gebiet Brjansk	1.043.197	8.197	648.299	6.561	56.409	179.510	405.819	1,00%	8,59%	27,34%	61,82%	62,93%
Republik Chakassien	389.905	3.389	240.041	3.614	33.750	55.469	147.208	1,48%	13,86%	22,79%	60,47%	62,43%
Gebiet Archangelsk	1.001.888	5.855	617.283	10.475	72.472	116.981	417.355	1,68%	11,63%	18,77%	66,98%	62,20%
Gebiet Uljanowsk	1.064.892	8.848	653.190	8.059	60.690	141.326	443.115	1,22%	9,17%	21,35%	66,93%	62,17%
Autonomer Kreis der Nenzen	38.319	384	23.365	440	4.054	4.257	14.614	1,85%	17,07%	17,92%	61,54%	61,98%
Gebiet Rjasan	976.685	8.771	590.443	8.653	72.123	145.207	364.460	1,44%	12,04%	24,23%	60,82%	61,35%
Region Krasnojarsk	2.129.015	18.301	1.286.137	18.881	183.476	268.938	814.842	1,45%	14,07%	20,62%	62,47%	61,27%
Region Altai	1.999.177	15.532	1.204.881	13.930	170.214	284.159	736.578	1,14%	13,95%	23,28%	60,35%	61,05%
Gebiet Tomsk	772.259	7.223	456.047	8.933	61.322	88.744	297.048	1,93%	13,24%	19,16%	64,12%	59,99%
Gebiet Jaroslawl	1.067.252	10.431	625.924	10.221	79.769	131.368	404.566	1,61%	12,54%	20,64%	63,58%	59,63%
Gebiet Nowgorod	541.502	3.407	315.936	4.519	36.813	64.459	210.145	1,42%	11,53%	20,18%	65,81%	58,97%
Gebiet Swerdlowsk	3.523.318	32.730	2.043.114	34.588	302.887	273.629	1.432.010	1,67%	14,59%	13,18%	68,98%	58,92%
Region Kamtschatka	260.211	2.058	150.821	2.309	19.748	22.679	106.085	1,51%	12,92%	14,83%	69,39%	58,75%
Gebiet Samara	2.491.299	17.704	1.439.152	18.629	157.237	329.681	933.605	1,28%	10,79%	22,63%	64,08%	58,48%

Das amtliche Endergebnis der Präsidentenwahl nach Regionen (Fortsetzung)

	in Zahlen					in Prozent				
	Anzahl der Wähler im Wählerverzeichnis	Anzahl ungültiger Stimmzettel	Anzahl gültiger Stimmzettel	Bogdanow	Shirynowskij	Sjuganow	Medwedjew	Bogdanow	Shirynowskij	Sjuganow
Gebiet Kaliningrad	742.480	6.119	427.520	6.997	50.599	100.667	269.257	1,61%	11,67%	23,21%
Region Perm	2.106.200	14.709	1.159.535	17.752	155.391	196.124	790.268	1,51%	13,23%	16,70%
Republik Karelien	564.678	3.793	310.962	5.474	39.420	54.398	211.670	1,74%	12,52%	17,28%
Gebiet Wladimir	1.217.308	7.900	669.059	9.557	78.084	147.833	433.585	1,41%	11,53%	21,84%
Gebiet Sachalin	404.706	2.866	219.611	3.761	27.235	47.300	141.315	1,69%	12,24%	21,26%
Gebiet Iwanowo	883.063	5.521	461.152	6.877	57.263	94.049	302.963	1,47%	12,27%	20,15%

Nach: http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tid=100100022249920&vm=100100022176412®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetd=null&vibid=100100022249920&type=227, 11. März 2008

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 93 **Die aktuelle Wirtschaftslage der Ukraine.**
Erfolge und Herausforderungen für die Regierung Timoschenko
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Februar 2008)
- No. 92 **Russia's Energy Sector between Politics and Business**
By Robert Orttung, Jeronim Perovic, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.)
(February 2008)
- No. 91 **Already Arrived in Brussels? Interest Representation of Trade Unions from the New EU Member States. Documentation of Interview Results**
By Heiko Pleines (ed.)
(January 2008)
- Nr. 90 **Die russischen Wahlen 2007/2008.**
Teil 1: Die Parlamentswahlen 2007
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(Dezember 2007)
- Nr. 89 **In Brüssel angekommen? Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der neuen Mitgliedsländer auf der EU-Ebene.**
Teil 2: Dokumentation der Interviewergebnisse
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Dezember 2007)
- Nr. 88 **In Brüssel angekommen? Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der neuen Mitgliedsländer auf der EU-Ebene.**
Teil 1: Erste Ergebnisse für Polen, Tschechien und Slowakei
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Dezember 2007)
- No. 87 **Russia's Foreign Policy: Key Regions and Issues**
By Robert Orttung, Jeronim Perovic, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.)
(November 2007)
- Nr. 86 **Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007**
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Oktober 2007)
- Nr. 85 **Regimewechsel und Gesellschaftswandel in Osteuropa**
Beiträge für die 15. Tagung junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Europäische Akademie Berlin
(Oktober 2007)
- Nr. 84 **Staat und Pressefreiheit in der ersten Amtsperiode des russischen Präsidenten Vladimir Putin (2000 – 2004)**
Von Alena Göbel
(August 2007)
- Nr. 83 **Das lettische Okkupationsmuseum**
Das Geschichtsbild des Museums im Kontext der Diskussionen über die Okkupationszeit in der lettischen Öffentlichkeit
Von Rebekka Blume
(Juli 2007)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten

Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Vergriffene Hefte können als PDF-Datei gratis bestellt bzw. von der Website der Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle.uni-bremen.de) heruntergeladen werden.

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Kegel:**
Die Staatssymbolik des neuen Russland.
Traditionen – Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2008 (in Vorbereitung), 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, € 24,90

Archiv zur Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas. Quellen – Bestände – Analysen

- Bd. 3 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Die russische Sammlung.
Samizdat und Nachlässe aus der Sowjetunion, Russland und den Nachfolgestaaten.
Die 1950er Jahre bis heute
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2008 (in Vorbereitung)
- Bd. 2 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Monographien im Zweiten Umlauf Polens
1976 – 1989
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2008 (im Druck), c. 500 S.
- Bd. 1 **Wolfgang Eichwede (Hg.):**
Das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa.
Sowjetunion, Russland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, DDR
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2008 (in Vorbereitung)

Changing Europe

- Bd. 4 **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**
Crises and Conflicts in Post-Socialist Societies.
The Role of Ethnic, Political and Social Identities
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008 (in Vorbereitung), br.
- Bd. 3 **Daniela Obradovic, Heiko Pleines (eds.):**
Civil Society Groups from the New Post-Socialist Member States in EU Governance
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 244 S., br., ISBN 978-3-89821-750-7, € 29,90
- Bd. 2 **Jochen Tholen, David Lane, Gyorgy Lengyel (eds.):**
Restructuring of the Economic Elites after State Socialism.
Recruitment, Institutions and Attitudes
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 350 S., br., ISBN 978-3-89821-754-5, € 34,90
- Bd. 1 **Sabine Fischer, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.):**
Movements, Migrants, Marginalisation.
Challenges of Social and Political Participation in Eastern Europe and the Enlarged EU
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 224 S., br., ISBN 3-89821-733-7, € 29,90

Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS)

- Bd. 75 **Heiko Pleines (Hg.):**
Corporate Governance in post-sozialistischen Volkswirtschaften
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 240 S., br., ISBN 978-3-89821-766-8, € 34,90
- Bd. 73 **Julia Kuszniir:**
Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen.
Eine Analyse am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie, 1992-2005
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 354 S., br., ISBN 978-3-89821-821-4, € 34,90

Einzelveröffentlichung

- Heidrun Hamersky, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute.
Festschrift für Wolfgang Eichwede
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2007, 338 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-751-4, € 59,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: polen-analysen@dpi-da.de

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de